

Der geplante „Deutsche Oktober“ im Herbst 1923

Die Niederlage der kommunistischen Weltrevolution in Deutschland – Vorgeschichte und Verlauf des von der Komintern geplanten Aufstandes –

Otto Wenzel

Im Herbst 1923 vollzog sich, von der Öffentlichkeit kaum bemerkt oder nicht ernst genommen, in der kommunistischen Bewegung ein Prozeß von weltweiter Bedeutung.* Allerdings nicht im Sinne des Vorsitzenden des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale (Komintern), Sinowjew, der im Oktober schrieb, daß „die Herbstmonate des Jahres 1923 nicht nur in der Geschichte Deutschlands, sondern auch über Deutschland hinaus in der Geschichte der ganzen Menschheit, einen Wendepunkt darstellen“. Es begann nämlich nicht „ein neues Kapitel in der Geschichte der proletarischen Weltrevolution“, sondern die Weltrevolution, wie sie die bolschewistischen Führer seit 1917 herbeigesehnt hatten, wurde praktisch zu Grabe getragen. Das Ergebnis der Niederlage, die der Kommunismus 1923 in Deutschland erlebte, war Stalins Leitsatz von der Möglichkeit des Sieges des Sozialismus in einem Lande (Dezember 1924).¹

Vorgeschichte und Verlauf des „Deutschen Oktober“ sind Gegenstand der vorliegenden Darstellung. Grundlage ist meine Dissertation „Die Kommunistische Partei Deutschlands im Jahre 1923“ (1955).² Dabei weise ich nach, daß mehrere Aussagen dieser Arbeit,³ die von einigen Autoren in Zweifel gezogen oder heftig kritisiert wurden, nach der Öffnung der Moskauer Archive und nach der Freigabe der gesperrten Akten des Historischen Archivs der KPD bestätigt wurden. Diese Dokumente belegen, daß die russische Partei- und

* Ich danke Horst Laude für zahlreiche Anregungen und Formulierungshilfen bei der Abfassung dieser Arbeit. Peter Erlor und Michael Kubina danke ich für die Übersetzung von Dokumenten aus russischen Archiven, die nach 1991 veröffentlicht wurden.

¹ Vgl. Otto Wenzel, Die Kommunistische Partei Deutschlands im Jahre 1923, FU Berlin 1955 (Ms). Die Idee der Weltrevolution war seit dem Sieg der Bolschewiki in der „Oktoberrevolution“ das Kernstück ihrer Ideologie, weil sie als Marxisten davon überzeugt waren, daß der Aufbau des Sozialismus in einem rückständigen Agrarland auf Dauer keinen Bestand haben würde, sie der Hilfe durch die sozialistische Revolution in mehreren Industriestaaten, in erster Linie in Deutschland, bedürften. Nachdem die revolutionäre Welle des Jahres 1919 (Räterepubliken Ungarn und Bayern) verebbt war und 1921 die „März-Aktion“ in Mitteldeutschland zu einer Niederlage der KPD geführt hatte, gab im Sommer 1923 die Krise in Deutschland endlich wieder zu der Hoffnung Anlaß, daß der Sieg der Revolution in einem großen Industriestaat in greifbare Nähe gerückt sei.

² Nach den Bestimmungen der damals gültigen Promotionsordnung mußte ich sieben Exemplare dieser Dissertation einreichen. Sie waren mit einer Reiseschreibmaschine auf Durchschlagpapier getippt. Trotzdem wird sie in 24 wissenschaftlichen Veröffentlichungen erwähnt, davon in 14 mehrmals im Anmerkungsapparat, in einem Buch auf über 80 Seiten. Von den sieben Pflichtexemplaren dürfen sechs an wichtige Bibliotheken abgegeben worden sein. Ein Exemplar erhielt die Deutsche Bücherei in Leipzig, ein zweites die Bibliothek der Humboldt Universität Berlin. Von diesem wurde 1965 ein Mikrofilm für die Bibliothek des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED (IML) angefertigt.

³ Als „Republikflüchtling“ und „Renegat“ waren mir die Bibliotheken und Archive der DDR – ganz zu schweigen vom Historischen Archiv am Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED – verschlossen. Es gelang mir jedoch, das umfangreiche veröffentlichte kommunistische Schrifttum (Tageszeitungen, Zeitschriften, Protokolle, Broschüren, Flugblätter) auszuwerten, das sich 1923 durch eine unvorstellbare Offenheit auszeichnete. Ich habe sie durch Flugblätter und Rundschreiben ergänzt, die der Polizei in die Hände gefallen waren. Eine wertvolle Quelle waren von mir befragte Zeitzeugen, die 1923 auf verschiedenen Ebenen der KPD tätig waren.

Staatsführung eine deutsche „Oktoberrevolution“ ernsthaft plante und vorbereitete. Mit Hilfe dieses Materials und der dieses auswertenden Literatur konnte ich viele meiner damaligen Ausführungen ergänzen oder präzisieren. Wo es erforderlich war, habe ich Darstellungen und Wertungen meiner Dissertation, auch die Wertung einzelner Personen, korrigiert. Ich habe zu meiner Arbeit neben Zustimmung auch Kritik erfahren, mit der ich mich auseinandersetze. Dabei fällt mir die Entgegnung auf die Kritik in Dissertationen des Instituts (später Akademie) für Gesellschaftswissenschaften (IfG) beim ZK der SED leicht, weil sie selbst von ehemaligen Anhängern des kommunistischen Systems nach der Aktenöffnung widerlegt wurde. Auch in einer westlichen Veröffentlichung wurde mir vorgeworfen, daß ich bei der Behandlung meines Gegenstandes Polemiken einfließen ließ, „die ihre Impulse in der Frontstellung gegen die spätere KPD und gegen die SED haben“.⁴ Damit kann nur gemeint sein, daß ich die innerparteiliche Demokratie der KPD des Jahres 1923, die ich mehrmals lobend erwähne, mit der fortschreitenden Abschaffung der innerparteilichen Demokratie ab 1924 vergleiche, was aber gerade eine um Objektivität bemühte Darstellung erfordert. Wo ich eine Wertung bestimmter Vorgänge vornahm, etwa der proletarischen Einheitsfronttaktik der KPD, bringe ich Verständnis auf für die Haltung der „rechten“ Führungen der SPD und des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB), die eine Instrumentalisierung ihrer „linken“ Flügel durch die Kommunisten bei bestimmten Ereignissen, zum Beispiel am 1. Mai, zu verhindern suchten.

Die KPD hatte zum einen in den Bedingungen für die Aufnahme in die Kommunistische Internationale (Komintern oder KI) geforderten illegalen Apparat, der im entscheidenden Moment der Partei helfen sollte, „ihre Pflicht gegenüber der Revolution zu erfüllen“.⁵ 1923 bestand er aus dem „M(=Militär)-Apparat“ zur Ausbildung von Kadern einer zukünftigen Roten Armee, dessen Mitglieder geheime Übungen abhielten und – soweit vorhanden – im Gebrauch von Schußwaffen und Handgranaten ausgebildet wurden, dem „Z(=Zersetzungs)-Apparat“ für die Zersetzung gegnerischer Organisationen mit Verbindungsleuten in Reichswehr, Polizei und Parteien und aus dem „N(=Nachrichten)-Apparat“ für Nachrichten- und Spionagewesen. Seine Mitglieder gehörten zur Irreführung des Gegners zum Teil offiziell nicht der Partei an.⁶ Die legale Parteiorganisation wies noch eine große Verwandtschaft mit den Strukturen der SPD auf, aus denen die KPD erst vor fünf Jahren hervorgegangen war. Das Fundament bildeten die Ortsgruppen, in denen freie Wahlen und eine freie Aussprache mit der Möglichkeit der Kritik an den Entscheidungen der Zentrale⁷ und der mittleren Entscheidungsebene (Bezirksleitungen) bestanden.

⁴ K. H. Tjaden, Struktur und Funktion der „KPD-Opposition“ (KPO). Eine organisationssoziologische Untersuchung zur „Rechts“-Opposition im deutschen Kommunismus in der Weimarer Republik, Meisenheim am Glan 1964, Band II, S. 107.

⁵ Leitsätze und Statuten der Kommunistischen Internationale, Hamburg 1920, S. 12.

⁶ 1955 nannte ich als Beleg Erich Wollenberg, Der Apparat, Bonn o.J. (1952), S. 9; Ruth Fischer, Stalin und der deutsche Kommunismus, Frankfurt/M o.J. (1950), S. 211 f. Die umfassendste Darstellung ist jetzt Erich Kaufmann/Eckhard Reisener/Dieter Schwips/Henri Walther, Der Nachrichtendienst der KPD 1919 – 1937, Berlin 1993. Dieses Buch geht auf Vorarbeiten der Autoren im Rahmen der Traditionspflege des Ministeriums für Staatssicherheit zurück (S. 11).

⁷ Ein Zentralkomitee (ZK) erhielt die KPD erst im Jahre 1925, als die Zentrale, deren (Anfang 1923) 21 Mitglieder alle zwei Wochen zusammentraten, und der alle drei Monate tagende Zentralaus-schuß, dem zusätzlich die Vertreter der Bezirke angehörten, zum ZK zusammengelegt wurden, das nur alle drei Monate einberufen wurde. Damals erhielt das Politbüro (vorher Polbüro) nach russischem Vorbild außerordentliche Vollmachten.

Proletarische Einheitsfronttaktik

Die Politik der Partei war seit 1921 in Übereinstimmung mit der Politik der Komintern bestimmt durch das damalige Verständnis der proletarischen Einheitsfronttaktik. Sie wurde als „Kampf um die Loslösung der Massen von der reformistischen Taktik und Führung“ definiert. Sie werde Erfolg haben „trotz der Sabotage und des Widerstandes der reformistischen Führer, da immer stärker werdende Schichten auch der sozialdemokratischen Arbeiter in diese Kämpfe mit eintreten. Die Einheitsfront wird praktisch hergestellt durch die gemeinsame Abwehr der Offensive des Kapitals durch die Arbeiter“. Indem die Kommunisten die sozialdemokratischen Spitzenfunktionäre beschimpften, gleichzeitig aber ihnen und den Mitgliedern der Partei Vorschläge für die Erkämpfung harmlos aussehender Tagesforderungen unterbreiteten, trieben sie einen Keil zwischen Führung und Mitgliedschaft dieser Partei.⁸

Eng verbunden mit der proletarischen Einheitsfronttaktik war die Vorstellung von einer Arbeiterregierung. Dabei sollte es sich nicht um eine Koalitionsregierung handeln, sondern ihre Entstehung werde zu einem erbitterten Kampf, eventuell zum Bürgerkrieg mit der „Bourgeoisie“, führen. Im Protokoll des IV. Weltkongresses der Komintern (November/Dezember 1922) wurden als Aufgaben einer Arbeiterregierung genannt:

1. Bewaffnung des Proletariats,
2. Entwaffnung der „bürgerlichen, konterrevolutionären Organisationen“,
3. Kontrolle der Produktion,
4. Abwälzung der Hauptlasten der Steuern auf die Reichen,
5. Brechung des Widerstandes der „Bourgeoisie“.⁹

Nach der Einführung der proletarischen Einheitsfronttaktik (1921) stellten die Kommunisten in Deutschland die Propagierung des Rätegedankens (Sowjets) zurück, um den Betriebsräten, für die das Betriebsrätegesetz vom 4. Februar 1920 die Rechtsgrundlage bot, stillschweigend die Funktion zuzuweisen, die zwischen Februar- und Oktoberrevolution 1917 in Rußland den Sowjets zugefallen war. Am 23. November 1922 fand in Berlin ein von ihnen einberufener „Reichsbetriebsrätekongreß“ statt, der einen Reichsausschuß wählte. Von seinen Delegierten gehörten 674 der KPD oder dem KJVD (Kommunistischer Jugendverband Deutschlands) an, 41 der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (VSPD), 22 der USPD.¹⁰ Bei einem kommunistischen Umsturz hätte der Reichsausschuß einen II. Reichsbetriebsrätekongreß einberufen, dem die Aufgabe zugedacht gewesen wäre, sich zu einem Rätekongreß nach russischem Muster zu konstituieren und die Sowjetrepublik auszurufen.¹¹

Zu den wichtigsten anderen außerparlamentarischen Machtmitteln der Kommunisten gehörten die Kontrollausschüsse und die proletarischen Hundertschaften. Die Kontrollaus-

⁸ Bericht über die Verhandlungen des 8. Parteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands (künftig zitiert: Bericht 8. Parteitag), abgehalten in Leipzig vom 28. Januar bis 1. Februar 1923, Berlin 1923, S. 416; Wenzel (Anm. 1), S. 20 f.

⁹ Protokoll des IV. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale (künftig zitiert: IV. Weltkongreß), Petrograd-Moskau vom 5. November bis 5. Dezember 1922, Hamburg 1923, S. 1016.

¹⁰ Bericht 8. Parteitag (Anm. 8), S. 31; Jahrbuch für Politik, Wirtschaft, Arbeiterbewegung 1923-1924, Hamburg o. J. (1924), S. 588; Wenzel (Anm. 1), S. 24. 1922 hatte sich die SPD mit der USPD zur VSPD vereinigt. 1924 wurde das Wort „Vereinigte“ aus dem Namen entfernt. Ein kleiner Teil der USPD-Mitglieder machte den Zusammenschluß nicht mit und behielt den Namen dieser Partei.

¹¹ Vgl. unten die Darstellung des „Deutschen Oktober“.

schüsse boten zunächst den harmlosen Eindruck von wilden Verbraucherorganisationen zur Verhinderung von Preistreibereien, denen in den Monaten des katastrophalen Währungsverfalls Tür und Tor geöffnet waren. Sie wurden auf kommunistisch gelenkten Konferenzen von – meist nicht legitimierten – Vertretern der Betriebsräte, der Arbeiterparteien, Gewerkschaften und sonstigen Arbeiterorganisationen gebildet. Nach den „Richtlinien für die Gründung und Tätigkeit der Kontrollausschüsse“, die vom „Reichsausschuß der deutschen Betriebsräte“ herausgegeben wurden, sollte der 1. Vorsitzende die „Politische Kommission“ leiten, die sich mit der Propaganda befaßte. Der 2. Vorsitzende leitete die „Wirtschaftskommission“. Sie unterhielt öffentliche Wuchermeldungsstellen, schickte bei Meldung von Wucherfällen mit Armbinden versehene Mitglieder, nach Möglichkeit auch Frauen, zu den betreffenden Kaufleuten, um sie zu Preisherabsetzungen zu bewegen, und nahm regelmäßig Kontrollen in Geschäften und auf Märkten vor. Wo irgend möglich, wurden Preisherabsetzungen erzwungen. Die Behörden wurden um Erteilung weitgehender Vollmachten ersucht, die Tätigkeit aber von ihrer Zustimmung nicht abhängig gemacht.¹²

Die proletarischen Hundertschaften sollten im Sinne der proletarischen Einheitsfronttaktik „gemeinsame Hundertschaften“ aus kommunistischen, sozialdemokratischen und parteilosen Arbeitern sein. Ihre Bewaffnung bestand zunächst nur aus Stöcken, Gummiknüppeln, allenfalls Schlagringen und Totschlägern, was einen Vergleich mit den bewaffneten Organisationen der extremen Rechten nicht zuläßt. Aufgabe der proletarischen Hundertschaften war die Sprengung gegnerischer Versammlungen, Unterstützung der Kontrollausschüsse bei Preisherabsetzungen sowie Schutz von Arbeiterversammlungen und Demonstrationen. Verschiedentlich mußten sie sich staatliche Hoheitsrechte an durch Ausübung polizeilicher Befugnisse wie Straßenpatrouillen und Postendienst, Kontrolle der Straßenpassanten und Leibesvisitationen.¹³

Die „linke“ Opposition

Obwohl proletarische Einheitsfronttaktik und Arbeiterregierung auf ein Programm der Diktatur des Proletariats, der völligen Rechtlosmachung der Besitzenden und die erklärte Machtübertragung an die Arbeiterschaft hinausliefen, existierte in der KPD eine radikalere Opposition, die auf dem 8. Parteitag eigene Leitsätze einbrachte, für die 59 Delegierte stimmten; für die Leitsätze der Zentrale 118. Zur Opposition, die schon seit zwei Jahren bestand, gehörten die Bezirke Berlin-Brandenburg, Wasserkante (Hamburg), Hessen-Frankfurt, Mittelrhein (Köln) und Lausitz.¹⁴ Zu ihren Führern zählten Intellektuelle wie Ruth Fischer, Arkadij Maslow, Werner Scholem, Iwan Katz, Dr. Arthur Rosenberg und Hugo Urbahns sowie ungelernete Arbeiter wie Ernst Thälmann und Arthur König. Sie warfen der Zentrale Leisetreterei vor den Sozialdemokraten und die Zurückstellung der Rätediktatur vor, die als einziges Etappenziel genannt wurde.¹⁵

Die herausragende Persönlichkeit der Linken war die damals 28 Jahre alte Ruth Fischer, die seit 1921 Politische Leiterin des Bezirks Berlin-Brandenburg war. Ihr später mit Un-

¹² Akten betreffend kommunistische Bewegung. Proletarische Hundertschaften, proletarischer Selbstschutz. Staatsarchiv Düsseldorf. Bestand Regierung Düsseldorf Nr. 16953, Bl. 330 ff. Künftig zitiert: Staatsarchiv Düsseldorf und Nummer der Akte.

¹³ Ebd., Bl. 348 ff.; „Rote Fahne“ 109/16.5.23.

¹⁴ Bericht 8. Parteitag (Anm. 8), S. 375.

¹⁵ Ebd., S. 146 f.

terstützung der Harvard Universität geschriebenes Buch „Stalin und der deutsche Kommunismus“ (1950) fand eine unterschiedliche Aufnahme. Ein Autor mit dem Pseudonym H.S. bezeichnete es in der Zeitschrift „Ost-Probleme“ als ein Werk von „vorbildlicher Objektivität und wissenschaftlicher Akribie“. Franz Borkenau nannte es in seinem Buch „Der Europäische Kommunismus“ (1952) eine „sinowjewistische Streitschrift“¹⁶. Ruth Fischer hat ein Konglomerat vorgelegt, aus Darstellung, in der die Autorin von sich in der dritten Person spricht, und Erlebnisbericht in der ersten Person. Am meisten stört jedoch die Glorifizierung der Politik der damaligen „linken“ Opposition und die beschämende Herabsetzung der „rechten“ Mehrheit der Parteiführung, besonders des damaligen Vorsitzenden des Polbüros (der Terminus Parteivorsitzender existierte noch nicht), Heinrich Bandler, den Ruth Fischer als Kreatur des Komintern-Funktionärs Karl Radek hinstellen möchte.¹⁷ Bis auf Clara Zetkin und den Chefredakteur der „Roten Fahne“, Dr. August Thalheimer, waren die „rechten“ Führer der Partei Arbeiter oder Handwerker wie Paul Frölich, Fritz Heckert, Hugo Eberlein, Wilhelm Pieck und Jakob Walcher.¹⁸ Neben den genannten Funktionären, die bereits dem Spartakusbund angehört hatten, waren auch einige ehemalige (bis 1920) USPD-Funktionäre wie Wilhelm Koenen, Hermann Remmele und Ernst Stoecker Mitglieder der Parteiführung.¹⁹

Der Konflikt zwischen „Linken“ und „Rechten“ beschäftigte mehrmals die russischen Führer der Komintern. Die Art ihres Auftretens, die Tatsache, daß sie es ertrugen, wenn ihnen widersprochen wurde, beweist, daß die damalige Komintern Welten von der Komintern trennte, die von Stalin beherrscht wurde. In der Sitzung des Polbüros am 2. Januar 1923 schlug das Mitglied des Präsidiums des Exekutivkomitees der Komintern (EKKI) Karl Radek (er gehörte auch dem ZK der KPR an) vor, zu der am 7. Januar in Essen stattfindenden Internationalen Konferenz französischer und deutscher Parteivertreter unter anderen auch Ruth Fischer zu delegieren. Dieser Antrag wurde einstimmig abgelehnt. Als am 23. Januar, ebenfalls in Anwesenheit Radeks, dessen vom EKKI-Präsidium gebilligter Vorschlag diskutiert wurde, die auf dem 8. Parteitag zu wählende Zentrale um Vertreter der „Linken“ zu erweitern, erklärten alle Teilnehmer – mit Ausnahme Piecks –, „sich nicht in die Zentrale wählen zu lassen, falls diese linke Vertretung aus Maslow, Ruth Fischer oder Urbahns bestehen sollte“.²⁰ Am 22. Februar nahm der russische Politbüroandidat Nikolai Bucharin, der auch dem Präsidium des EKKI angehörte, an der Polbürositzung teil. In Übereinstimmung mit dem Bericht, den Radek in Moskau über den 8. Parteitag gegeben hatte, sagte er, der Ton gegen die

¹⁶ H. S., Stalins Furcht vor der deutschen Revolution, in: „Ost-Probleme“, 2. Jg. Nr. 37. 14.9.50, S. 1183; Franz Borkenau, Der Europäische Kommunismus. Seine Geschichte von 1917 bis zur Gegenwart, München 1952, S. 9.

¹⁷ Fischer (Anm. 6), S. 263.

¹⁸ Ernst Stock/Karl Walcher, Jakob Walcher (1887-1970). Gewerkschafter und Revolutionär zwischen Berlin, Paris und New York, Berlin 1998.

¹⁹ Auch Walter Ulbricht gehörte der auf dem 8. Parteitag gewählten Zentrale an. Seine Angaben in dem Buch „Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“, Band I, Berlin 1953, S. 113 über sein und Piecks damalige Zusammenarbeit mit Thälmann sind eine glatte Fälschung. Zwischen ihnen als Anhängern der „Rechten“ und dem oppositionellen Thälmann bestanden scharfe Gegensätze. Auch eine Abwehrfront der beiden gegen den „Trotzkisten Radek“ hat es nicht gegeben. Vielmehr haben sie mehrmals in ihren Rundschreiben den Verkauf von Sondermarken mit dem Bildnis Trotzki veranlaßt (Staatsarchiv Düsseldorf Nr. 16966, Bl. 20, 35).

²⁰ Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv, RY 1/1 2/3/12456, Bl. 23 f. (künftig zitiert: SAPMO-BA). Die russische Partei hieß damals Kommunistische Partei Rußlands (Bolschewiki), abgekürzt KPR(B). Auf den Klammerzusatz verzichte ich in dieser Darstellung.

geben hatte, sagte er, der Ton gegen die Opposition sei zu hart gewesen. Er fürchte ein „neues Heidelberg“.²¹

Als Anfang April die Zentrale Vertreter der oppositionellen Bezirke zu einer Aussprache nach Berlin einlud, sahen die „Linken“ das als ein Schwächezeichen an. Sie forderten die Einberufung eines „Konzentrationsparteitages“ im Herbst und bis dahin die Führung der Partei durch eine paritätische Kommission aus je drei Angehörigen der Zentrale und der Opposition. Ferner die Entsendung einer Delegation von Oppositionsvertretern nach Moskau.²² Eine Anfang Mai in Moskau stattfindende Konferenz zwischen Vertretern beider Richtungen mit dem EKKI „ist ein Schulbeispiel für die Art, wie in diesen Tagen Kominternpolitik betrieben wurde. Es gab keine Verurteilung der einen und Sanktionierung der anderen Gruppe, keinen Befehlsempfang und keine Selbstbeichtigungen, sondern Verhandlungen, deren Ergebnis den Stempel des Kompromisses trug, das Bestreben, möglichst beide Teile zufriedenzustellen. Eine einstimmig angenommene Resolution billigte im allgemeinen die Politik der Zentrale, nahm aber an einigen Formulierungen des Leipziger Parteitages Anstoß (so über die Anknüpfung an die demokratischen 'Illusionen' der breitesten Massen der SPD-Arbeiter), über die sich die 'Linken' ganz besonders beschwert hatten.“²³ Schließlich schlug das EKKI die Wahl von vier „Linken“ in die Zentrale vor, die wenige Tage danach vom Zentralausschuß, der damals die Funktion eines „kleinen Parteitages“ hatte, vorgenommen wurde. In dieser Sitzung wurden unter anderem Ruth Fischer und Thälmann in die Parteiführung aufgenommen.²⁴

Wer angenommen hatte, daß die „Linken“ jetzt loyal mitarbeiten würden, täuschte sich. Am 11. September drohte Ruth Fischer in einer Polbüro-Sitzung, im Reich und in Berlin mit allen Mitteln gegen die Partei anzukämpfen. Am 25. September fand es ein Zentrale-Mitglied – Rudolf Lindau – „ungeheuerlich“, daß Ruth Fischer stillschweigend zugehört habe, als ein Berliner Spitzenfunktionär in der Bezirksleitungs-Sitzung erklärte, er habe bereits dafür gesorgt, daß „nötigenfalls Hundertschaften anrücken, die die Z(entrale) absetzen“.²⁵

In der parteigeschichtlichen Literatur der DDR, die häufig Schwankungen unterlag, wurde die Einheitsfronttaktik (immer als „Einheitsfront-Politik“ bezeichnet)²⁶ insgesamt positiv eingeschätzt, obwohl der Kern der damaligen „rechten“ Zentrale-Mehrheit im Jahre 1928 ausgeschlossen wurde und bis zum Ende der DDR mit einem Anathem belegt war. In dem DEFA-Farbfilm „Ernst Thälmann - Sohn seiner Klasse“ wurde Brandler sogar als Agent

²¹ Ebd., Bl. 52. Kurz vor dem Heidelberger Parteitag am 23. Oktober 1919 hatte die damalige linke Opposition ihr Ausscheiden aus der Partei erklärt, was dazu führte, daß die KPD etwa die Hälfte ihrer 107.000 Mitglieder verlor. Vgl. Ossip K. Flechtheim, Die KPD in der Weimarer Republik, Offenbach 1948, S. 60 f.

²² „Ruhr-Echo“ 86/13.4.23; „Internationale Pressekorrespondenz“ (künftig zitiert: „Inprekorr“) 63/13.4.23. „Inprekorr“ war ein von der Komintern in mehreren Sprachen herausgegebener Presse-dienst, der mehrmals wöchentlich erschien.

²³ Wenzel (Anm. 1), S. 70.

²⁴ „Inprekorr“ 84/18.5.23.

²⁵ SAPMO-BA (Anm. 20), Bl. 247.

²⁶ Hans-Joachim Krusch, Der Kampf der Arbeiter und anderer Werktätiger unter Führung der KPD im Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier in der Zeit von Ende 1922 bis zum Sturz der Cuno-Regierung, Phil. Diss. Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Band I, Berlin 1964 wirft mir vor, daß ich mich „besonders eingehend und erbst über die von der KPD verfolgte Einheitsfrontpolitik einlasse“, um meinen „Auftraggebern ideologische Waffen für die Politik der Spaltung der westdeutschen Arbeiterklasse zu liefern“ (S. 127).

und Spion der Reichswehr diffamiert.²⁷ Arnold Reisberg schreibt dagegen in seinem Buch „An den Quellen der Einheitsfrontpolitik“ (1971): „Als Ruth Fischer versuchte, gegen die Leitsätze des 8. Parteitages Sinowjews Auffassungen auf dem IV. Weltkongreß auszuspielen, antwortete ihr Brandler mit voller Berechtigung: 'Der Vorsitzende der Exekutive ist durch die Beschlüsse des IV. Weltkongresses desavouiert worden. Das kann jedem passieren. Wir haben keine Halbgötter, und deswegen halten wir uns nicht an die persönlichen Auffassungen des Genossen Sinowjew, sondern an die Beschlüsse, die der IV. Weltkongreß in dieser Frage gefaßt hat' (S. 373).“²⁸

Einen Erfolg beim Aufrollen der inneren Front der Sozialdemokraten hatte die KPD in Sachsen. Dort hatte sich der am 4. März zusammengetretene SPD-Landesparteitag mit 93:32 Stimmen gegen die vom Berliner Parteivorstand und vom Landesvorstand empfohlene Koalition mit der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) ausgesprochen, das von den Kommunisten vorgelegte Regierungsprogramm als Grundlage für Verhandlungen akzeptiert und eine aus sieben linken Sozialdemokraten zusammengesetzte Verhandlungskommission eingesetzt. Mit knapper Mehrheit (68:57 Stimmen) lehnte jedoch der Parteitag den Antrag ab, den von den Kommunisten verlangten Landesbetriebsrätekongreß einzuberufen. Schließlich einigten sich beide Parteien auf eine parlamentarische Unterstützung einer sozialdemokratischen Minderheitsregierung durch die Kommunisten. Als Gegenleistung stimmten die Sozialdemokraten der Bildung von Kontrollausschüssen in Orten über 10.000 Einwohner zu mit der Berechtigung, Auskunft über alle für die Preisbildung wichtigen Tatsachen zu verlangen und die Wucherpolizei zu Beschlagnahmungen zu veranlassen, und schließlich der Bildung von „proletarischen Abwehrformationen zur Bekämpfung der Konterrevolution“.²⁹

Nationale Einheitsfronttaktik

Den Einmarsch französischer und belgischer Truppen in das Ruhrgebiet im Januar 1923 beantworteten die Kommunisten mit der Parole „Schlagt Poincaré (den französischen Ministerpräsidenten; O.W.) an der Ruhr und Cuno (den deutschen Reichskanzler; O.W.) an der Spree!“. Das besagte, daß im Ruhrgebiet ein Waffenstillstand mit dem deutschen Staat hergestellt wurde. Allerdings ist das Vakuum, das durch die Ausweisung der „Grünen Polizei“ (preußische Landespolizei) durch das französische und belgische Militär entstand, in verstärktem Maße zur Bildung von Kontrollausschüssen und proletarischen Hundertschaften genutzt worden. Wieder entzündete sich in der KPD der Streit zwischen der Zentrale und der Opposition, die am 23. März auf dem Bezirksparteitag in Essen die Übernahme der Betriebe durch die Arbeiterschaft forderte. Nach dem Korreferat von Ruth Fischer wurde diese Forderung mit 68:55 Stimmen abgelehnt. Die Kommunisten praktizierten internationale Solidarität mit den Arbeitern des Ruhrgebiets. Die Kommunistische Partei Frankreichs bildete zahlreiche kommunistische Zellen in der Ruhrarmee. Ihr Prozent-

²⁷ Erich Wollenberg, Thälmann. Film und Wirklichkeit, in: Der Monat Sonderdruck, Berlin o.J. (1954), S. 7. Die Kommunistische Plattform der PDS hat Heinrich Brandler und August Thalheimer neben Nikolai Bucharin und Leo Trotzki wieder zu Lehrmeistern der Kommunisten in der PDS erklärt (Jahrbuch Extremismus & Demokratie, herausgegeben von Uwe Backes und Eckhard Jesse, Bonn 3. Jahrgang 1991, S. 134).

²⁸ Arnold Reisberg, An den Quellen der Einheitsfrontpolitik, Band 2, Berlin 1971, S. 799 f.

²⁹ „Vorwärts“ 107/5.3.23; Der Parteikonflikt in Sachsen, Dresden 1924, S. 4 f.; Die Politik der sächsischen Sozialdemokratie, Dresden 1924, S. 15. Die Mehrheitsverhältnisse im Landtag gestatteten der SPD damals, eine parlamentarische Mehrheit sowohl mit der KPD wie auch mit der DDP zu erlangen.

satz soll bei den Panzersoldaten, die meist Metallarbeiter waren, besonders hoch gewesen sein.³⁰

Das Kapitel meiner Dissertation, in dessen Mittelpunkt Radeks berühmte Schlageter-Rede vom 21. Juni 1923 steht,³¹ trägt die Überschrift „Die nationale Einheitsfronttaktik“.³² Damit grenze ich mich von Ruth Fischer ab, die dem zweiten Teil ihres Buches die Überschrift „Nationalbolschewismus“ gab. Nationale Einheitsfronttaktik war nicht die parteioffizielle Bezeichnung dieser Taktik, kennzeichnet jedoch, wie ich meine, deren Ziele. Werner T. Angress hat in seinem Buch „Die Kampfzeit der KPD 1921-1923“ (deutsche Übersetzung 1973) hervorgehoben – soweit ich das überblicken kann, als einziger – daß ich im Gegensatz zu anderen Autoren für dieses Phänomen die Bezeichnung „nationalistische (offenbar ein Übersetzungsfehler; O.W.) Einheitsfronttaktik“ verwende.³³ In meiner Dissertation charakterisiere ich diese Taktik mit den Worten: „Sie ist Ausdruck der Erkenntnis, daß in der modernen deutschen Gesellschaft zur Machtübernahme durch die KPD nicht nur die Gewinnung der Mehrheit der Arbeiterschaft nötig ist, sondern daß es dazu noch der Gewinnung bzw. Neutralisierung eines Großteils der Mittelschichten bedarf. Es ist darum kein Zufall, daß sich die KPD dieser Taktik zu einer Zeit bediente, als der Verfall der deutschen Gesellschaft ihre Erfolgsaussichten vergrößerte, ihr Selbstvertrauen stärkte und aus diesen Schichten Worte der Verständigungsbereitschaft ertönten.“ Ähnlich sieht es Louis Dupeux in seinem Buch „Nationalbolschewismus“ in Deutschland 1919-1933“ (deutsche Übersetzung 1985): „Mit der ‚Schlageter-Linie‘ hat der deutsche Kommunismus auf die ‚faschistische‘ Bedrohung gewiß zunächst taktisch reagiert, doch er hat daraus auch eine großangelegte Strategie entwickelt, mit welcher Radek und der Führungsflügel der KPD bewusst ‚über die Einheitsfront‘ hinausgingen in der Hoffnung, damit in einem westlichen Land endlich eine breite Mehrheitsbasis für die proletarische Revolution zu finden.“³⁴

„Die nationale Einheitsfronttaktik war auch eine Antwort auf das Liebeswerben nationalisierender Kreise wie die Wochenzeitung ‚Gewissen‘, die den Kommunisten ein Lob nach dem anderen spendeten, und die Broschüre ‚In zwölfter Stunde. Bekenntnis zur Tragödie eines Volkes‘ von Klaus Eschen, die den Satz enthält: ‚Lieber ein Vaterland, das als bolschewistisch gehaßt, gefürchtet und geächtet wird, denn eines, das die ganze Welt verachtet und bespuckt.‘“³⁵

³⁰ „Ruhr-Echo“ 72/26.3.23; Mündlicher Bericht Erich Wollenberg, Wiesbaden 3.11.53 (künftig zitiert: Wollenberg 3.11.53).

³¹ Radek hatte in Moskau vor der Erweiterten Exekutive der Komintern eine Rede gehalten, in der er den von den Franzosen wegen seiner Sabotageakte standrechtlich erschossenen Leo Schlageter einen „Martyrer des deutschen Nationalismus“ und „mutigen Soldaten der Konterrevolution“ nannte („Inprekorr“ 108/27.6.23).

³² Wenzel (Anm. 1), S. 98-132.

³³ Werner T. Angress, Die Kampfzeit der KPD. Deutsch von Heinz Meyer, Düsseldorf 1973, S. 362. Da die 68er-Bewegung einen großen Bedarf an Literatur über den Kommunismus hatte, wurde dieses Buch, das einen Ladenpreis von 52,- DM hatte, als Raubdruck mit der fiktiven Verlagsbezeichnung „Räteverlag Wiener Neustadt“ für 16,- DM verkauft. Die amerikanische Originalfassung erschien 1963 unter dem Titel „Stillborn Revolution“ bei der Princeton University Press. Ich werde auf dieses Buch in diesem Aufsatz noch mehrmals zurückkommen.

³⁴ Wenzel (Anm. 1), S. 98; Louis Dupeux, „Nationalbolschewismus“ in Deutschland 1919-1933. Kommunistische Strategie und konservative Dynamik, München 1985, S. 178.

³⁵ Wenzel (Anm. 1), S. 107.

Die nationale Einheitsfronttaktik bedeutete kein Nachlassen in der Bekämpfung der extremen Rechten (Nationalsozialisten, Deutsch-Völkische und andere). In den Wochen nach der Schlageter-Rede liefen die Vorbereitungen für den „Antifaschisten-Tag“ am 29. Juli. Auf hohem Niveau vollzog sich die Diskussion zwischen den führenden Kommunisten Karl Radek und Paul Frölich auf der einen Seite, dem Verfasser des Buches „Das Dritte Reich“, Moeller van den Bruck, und dem deutsch-völkischen Grafen Reventlow auf der anderen Seite. Die von den Kommunisten herausgegebene Broschüre „Schlageter“ enthielt die Aufsätze dieser vier Autoren.³⁶ Die Veröffentlichung eines Artikels des Grafen Reventlow in der „Roten Fahne“³⁷ war ein Beispiel für die Offenheit der damaligen kommunistischen Publizistik. Es stellte sich schließlich heraus, daß eine Verständigung allenfalls von Mensch zu Mensch, aber nicht von Bewegung zu Bewegung möglich war.

Im Rahmen der nationalen Einheitsfronttaktik fand eine Werbung um Offiziere statt, von denen die KPD im Hinblick auf den kommenden Bürgerkrieg möglichst viele gewinnen wollte. In der „Roten Fahne“ vom 21. August veröffentlichte der Weltkriegs-Major Dr. Hans von Hentig einen „Arbeiter und Soldat“ betitelten Artikel, in dem es hieß, „daß Hunderte von alten Frontoffizieren, denen Deutschland wirklich über alles geht“, an der Seite der Kommunisten „im gleichen Schritt und Tritt marschieren werden, wenn einmal die Trommel zum Streite ruft“.³⁸

Zur Werbung um Intellektuelle fanden im Oktober in mehreren Städten „Intellektuellen-Versammlungen“ statt, die zur Bildung von kommunistischen Fraktionen in verschiedenen Berufs- und Interessenverbänden und ihrer Zusammenfassung in einem „Roten Kartell“ führten.³⁹ Eine große Anziehungskraft auf den Mittelstand übte die am 17. und 18. Juni in Berlin von der „Internationalen Arbeiterhilfe“ einberufene „Weltkonferenz für Wirtschaftshilfe und Wiederaufbau in Rußland“ aus, an der neben Vertretern des Nansen-Hilfskomitees, der Quäker-Hilfe und des Roten Kreuzes etwa 80 Vertreter der deutschen Industrie, Ingenieure, Unternehmer, Wissenschaftler, Künstler, Schriftsteller und Vertreter verschiedener Gewerkschaften teilnahmen.⁴⁰

³⁶ Karl Radek u.a., Schlageter, Eine Auseinandersetzung, Berlin 1923.

³⁷ „Rote Fahne“ 176/2.8.23.

³⁸ Dupeux (Anm. 34) beschäftigt sich auf mehreren Seiten mit dem Juristen Hans von Hentig, der bei den Vorbereitungen auf den „Deutschen Oktober“ eine wichtige Rolle spielen sollte. Er war schon 1921 mit KPD-Führern in München, die dem Nationalbolschewismus nahestanden, in Verbindung getreten. Nach Dupeux verkörperte er „die wahre Gestalt des Nationalbolschewisten“. Seine politischen Visionen veröffentlichte er in mehreren Broschüren, unter anderen im „Münchner Programm“ (1921). Dort beschrieb er eine „deutsche Sowjetregierung“ als „Regierung der Notwehr des arbeitenden Volkes gegen das Kapital“. An der Spitze des Staates steht ein Wohlfahrtsausschuß aus fünf Mitgliedern, davon drei aus der „revolutionären Arbeiterschaft“, mit „diktatorischer Gewalt“. In der „Roten Armee“ sollen Offiziere bis zum Hauptmann von den Mannschaften gewählt werden (155 f., 168 f.).

³⁹ „Das Wort“ 47/3.11.23. Diese in Halle erscheinende Wochenzeitung war keine offizielle Parteizeitung der KPD, stand ihr jedoch nahe.

⁴⁰ „Inprekorr“ 101/18.6.23.

Der Zentrale-Aufruf vom 11. Juli

In den Monaten Juni, Juli und August veröffentlichte die „Rote Fahne“ in ihrer Diskussionsbeilage insgesamt fünf theoretische Abhandlungen über den Bürgerkrieg, deren Autoren lediglich die Anfangsbuchstaben ihres Namens angaben.⁴¹ Man muß das vor dem Hintergrund der Tatsache sehen, daß nach einer Schätzung des preußischen Innenministers Severing den 250.000 Angehörigen von Reichswehr und Polizei mit in nichtstaatlichem Besitz befindlichen Waffen eine gleich starke bewaffnete Macht entgegengestellt werden konnte⁴², womit er offenbar die Waffen meinte, die sich in den Händen der Nationalsozialisten, der Wehrverbände und der „Schwarzen Reichswehr“ befanden. Trotzdem war die Angst vor der extremen Linken größer als die Angst vor der extremen Rechten. Nur so sind Äußerungen wie die des deutschnationalen Landtagsabgeordneten Schlange-Schönningen erklärbar, der meinte, die gegenwärtige Staatsform sei nichts weiter als eine Kerenski-Regierung, auf welche die bolschewistische Revolution folgen werde.⁴³

Am 11. Juli erließ die Zentrale der KPD einen von Brandler verfaßten Aufruf, der sich durch einen unerhört scharfen Ton auszeichnete. Ausgelöst wurde er von der Nachricht über eine nationalistische Kundgebung in Karlsruhe, auf der für den Fall eines rechtsextremistischen Putsches die Erschießung jedes zehnten streikenden Arbeiters gefordert wurde. Daß an ihr der ehemalige Hamburger Kommunistenführer Wolfheim teilnahm, der im Oktober 1919 wegen eines nationalbolschewistischen Aufrufs ausgeschlossen worden war, dürfte Brandlers Empörung gesteigert haben. Im einstimmig angenommenen Zentrale-Aufruf hieß es: „Der faschistische Aufstand kann nur niedergeschlagen werden, wenn dem weißen Terror der rote Terror entgegengestellt wird... Stellen die Faschisten jeden zehnten Streikenden an die Wand, müssen die revolutionären Arbeiter jeden fünften Angehörigen der faschistischen Organisationen an die Wand stellen.“ Dieser Aufruf wurde Aufmacher einer Broschüre, die kurz darauf mit einer Auflage von 100.000 Exemplaren in der Partei verbreitet wurde. Sie hatte den Titel „Vom Bürgerkrieg“ und zeigte auf der Umschlagseite zwei Arbeiter mit aufgepflanztem Bajonett.⁴⁴ 1955 schrieb ich darüber: „Der Aufruf vom 11. Juli 1923 ist deshalb so wichtig, weil ihn die Kommunisten, die russischen mehr noch als die deutschen, als den Ausdruck der vermeintlichen revolutionären Situation in Deutschland ansahen und ihre Handlungen dementsprechend einstellten. Aber er war – wie mir scheint – zu einem gewissen Grad im Affekt geschrieben und darüber hinaus auf Prämissen aufgebaut, die nicht stimmten („Faschisten“-Putsch mit Zustimmung der nichtsozialistischen Parteien usw.). Und damit waren die Aktionen, die er auslöste, nicht auf dem Boden der Realitäten aufgebaut.“⁴⁵

⁴¹ „Rote Fahne“ vom 10.6., 24.6., 22.7. und 19.8.23.

⁴² „Vorwärts“ 140/24.3.23.

⁴³ Zitiert von Ernst Heilmann in „Vorwärts“ 285/21.6.23. Kerenski war seit Juli 1917 Ministerpräsident der provisorischen Regierung Rußlands, die am 25. Oktober /7. November 1917 von den Bolschewiki gestürzt wurde. Er war der Auseinandersetzung mit den Bolschewiki auf der Linken und dem General Kornilow auf der Rechten nicht gewachsen gewesen und hatte sich zuletzt nicht einmal auf die Truppen in der Hauptstadt Petrograd verlassen können. Vor allem hatte er es versäumt, unvorzüglich eine Verfassungsgebende Nationalversammlung wählen zu lassen, die ihm eine demokratische Legitimation verschafft hätte.

⁴⁴ Mündlicher Bericht Heinrich Brandler, Stuttgart 31.8.52 (künftig zitiert: Brandler 31.8.52); „Vom Bürgerkrieg“ Nr. 1, Berlin 1923.

⁴⁵ Wenzel (Anm. 1), S. 150; Tjaden (Anm. 4), der mir trotz der oben zitierten Kritik an meiner Dissertation in vielem zustimmt, schreibt dazu, er stimme mit mir darin überein, daß diese Proklamation „das Kernstück der kommunistischen Politik des Jahres 1923 bildet“ (S. 109).

Am 29. Juli, dem „Antifaschistentag“, ist es nicht zu dem in der Rechtspresse kolportierten Bürgerkrieg gekommen. Die KPD war damals darauf gar nicht vorbereitet. Die Reichsregierung hatte den Landesregierungen empfohlen, an diesem Tag sämtliche Veranstaltungen unter freiem Himmel zu verbieten. Dieser Rat wurde von allen Landesregierungen außer Sachsen, Thüringen und Baden befolgt. Am 29. Juli fanden durch bewaffnete Hundertschaften geschützte kommunistische Demonstrationen in Oberschlesien, Aufmärsche in Sachsen und Thüringen (mit etwa 180.000 Teilnehmern), kleinere Demonstrationen in anderen Teilen des Reiches und geschlossene Demonstrationsversammlungen in Berlin statt, an denen sich nach kommunistischen Angaben 250.000, nach Angaben des sozialdemokratischen Zentralorgans „Vorwärts“ 150.000 Besucher beteiligten.⁴⁶

Die wachsende Stärke der Kommunisten in den ersten neun Monaten des Jahres 1923 fand ihren Ausdruck im Anstieg der Mitgliederzahl auf 294.230 und der Auflage der „Roten Fahne“ um 50.000 Exemplare.⁴⁷ Bei den Gewerkschafts- und Betriebsrätewahlen erzielten die Kommunisten große Erfolge. Bei den Wahlen im Metallarbeiterverband in Berlin, einer bisherigen sozialdemokratischen Hochburg, wurden für die Liste der Kommunisten (die mit den Unabhängigen verbündet waren) 54.113 Stimmen, für die Liste der Sozialdemokraten hingegen nur 22.263 Stimmen abgegeben. Bei den Landtagswahlen in Mecklenburg-Strelitz kamen die Kommunisten, die sich an den Wahlen von 1920 nicht beteiligt hatten, auf 20,7% der Stimmen, während der Anteil der Sozialdemokraten von 47,9% auf 22,8% sank. In Oldenburg war der Anstieg etwas bescheidener: 6,2% gegenüber 1,4% 1920.⁴⁸

In Berlin kam es Anfang August zur Verweigerung von Einzelhändlern, die Papiermark, die immer schneller an Wert verlor, als Zahlungsmittel zu akzeptieren, zu Störungen in der Lebensmittelzufuhr und zu Streiks im graphischen Gewerbe. Am 7. August griffen diese auf die Reichsdruckerei über, am 10. August auch auf das Baugewerbe, auf Straßenbahn und Stadtbahn. Am 11. August rief eine Versammlung Berliner Betriebsräte den Generalstreik aus, den „Cuno-Streik“.⁴⁹

1955 kommentierte ich diese Ereignisse mit den Worten: „In diesem Augenblick zeigte sich aber, daß die Gegenspieler der Kommunisten nicht daran dachten, dem Beispiel Krenskis zu folgen.“ Eine vom Reichspräsidenten erlassene Verordnung gestattete dem Innenminister das sofortige Verbot von periodischen Drucksachen, die zur gewaltsamen Veränderung der verfassungsmäßigen Ordnung aufriefen. Am 11. August entzog die SPD-Reichtagsfraktion dem Reichskanzler Cuno das Vertrauen, der daraufhin zurücktrat. Der Vorsitzende der Deutschen Volkspartei, Stresemann, wurde vom Reichspräsidenten zum Reichskanzler ernannt und bildete eine Regierung der Großen Koalition, in der die SPD 4 von 12 Ministern stellte. Nach Gewährung hoher Lohnforderungen durch die Arbeitgeber nahmen die Arbeiter wichtiger Betriebe, vor allem der Reichsdruckerei, ihre Arbeit wieder

⁴⁶ „Ruhr-Echo“ 176/27.7.23 und 175/31.7.23; „Inprekorr“ 126/30.7.23; Brandler 31.8.52; „Vorwärts“ 352/30.7.23.

⁴⁷ Bericht über die Verhandlungen des 9. Parteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands vom 7. bis 10. April 1924 (künftig zitiert: Bericht 9. Parteitag), Berlin 1924, S. 58; „Inprekorr“ 127/1.8.23.

⁴⁸ „Rote Fahne“ 168/24.7.23; „Vorwärts“ 342/24.7.23; Bericht 9. Parteitag (Anm. 47), S. 47.

⁴⁹ „Rote Fahne“ 181/8.8.23, 184/11.8.23; „Inprekorr“ 132/13.8.23

auf. Am 14. August kehrten die letzten Streikenden an ihren Arbeitsplatz zurück. Der KPD war es nicht gelungen, das übrige Reichsgebiet in den Generalstreik einzubeziehen, wenn es auch in verschiedenen Teilen des Reiches, vor allem in Nord- und Mitteldeutschlands, zu Streiks gekommen ist.⁵⁰

Militärische und politische Aufstandsvorbereitungen

Ruth Fischer behauptet in ihrem Buch „Stalin und der deutsche Kommunismus“, daß die von den Moskauer Kominternführern im Herbst 1923 geplante deutsche Revolution darauf zurückging, daß Radek seine „nationalbolschewistischen Experimente“ abbrach, weil Stresemann mit den Engländern übereinkam, „den passiven Widerstand im Ruhrgebiet zu beenden und mit Hilfe der englischen Regierung die Reparationszahlungen neu zu regeln“.⁵¹ Im Gegensatz zu Ruth Fischer skizzierte ich in meiner Dissertation an Hand der mir 1955 zugänglichen schriftlichen und mündlichen Quellen folgende Ursachen des Aufstandsplans: Die russische Wirtschaft zeigte im Sommer 1923 beängstigende Krisenerscheinungen. Die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse (seit Einführung der Neuen Ökonomischen Politik der Privatsektor der russischen Wirtschaft) sanken, verbunden mit einer Stärkung der sozialen Stellung der Bauern, insbesondere der Großbauern, auf dem Lande, was die Kommunistische Partei als Gefahr für ihre Machtstellung empfand. Auf der anderen Seite stiegen die Preise der verstaatlichten Industrie, was zu Absatzschwierigkeiten, Arbeitslosigkeit, niedrigen Löhnen und Unzufriedenheit in der Arbeiterschaft führte. In verschiedenen Orten kam es zu Streiks. Es bildeten sich Oppositionsgruppen innerhalb der Arbeiterschaft und in der Partei, die allerdings zersplittert waren und die Parteiführung teils von links, teils von rechts kritisierten.⁵² „In dieser gefährlichen Situation war es naheliegend, sich von einer Revolution in Deutschland einen Ausweg zu erhoffen... Der Aufruf der Zentrale vom 11. Juli..., der 'Antifaschistentag' und der 'Cuno-Streik' mußten wie eine Erlösung wirken.“⁵³

Als weitere Ursache nannte ich die Rivalität zwischen den wichtigsten Führern der KPR, die sich Hoffnungen auf die Nachfolge Lenins machten, Trotzki, Sinowjew und Stalin, wobei die ersten beiden einander in ihrem Enthusiasmus über die bevorstehende deutsche Revolution überboten. Aber auch Stalin machte Äußerungen, die gar nicht zum Bild des großen Bremsers passen. Darüber wird weiter unten zu berichten sein.

Zwei deutsche Kommunistenführer, August Enderle und Jakob Walcher⁵⁴, die im August mit einer Delegation englischer, französischer und deutscher Gewerkschafter eine Rundreise durch Südrußland machten, beobachteten beim Eintreffen der Nachricht vom „Cuno-Streik“ einen unbeschreiblichen Jubel bei den Parteimitgliedern. Die russischen kommunistischen Zeitungen brachten Überschriften wie „Die Revolution in Deutschland ist ausgebrochen“. Enderle und Walcher wurden zu dem im Kaukasus weilenden Trotzki gerufen, der sie beauftragte, sofort nach Deutschland zurückzukehren und der KPD-Führung

⁵⁰ Wenzel (Anm. 1), S. 166, 168.

⁵¹ Fischer (Anm. 6), S. 378, 368.

⁵² Ich berief mich bei diesen Aussagen u. a. auf einen Artikel von Frieda Rubiner in „Inprekorr“ 174/12.11.23; Isaac Deutscher, Stalin, London-New York-Toronto 1949, S. 258; „Vorwärts“ 454/28.9.23; Mündlicher Bericht August Enderle, Berlin 18.10.52.

⁵³ Wenzel (Anm. 1), S. 178 f.

⁵⁴ Enderle war damals Vertreter der KPD im Vollzugsbüro der Roten Gewerkschaftsinternationale (RGI) und nahm in dieser Eigenschaft an den Sitzungen des EKKI teil. Walcher war nach seiner Teilnahme an einer EKKI-Sitzung im Juni für einige Wochen in Rußland geblieben.

mitzuteilen, sie sollten alles tun, um einen Aufstand vorzubereiten. Er fügte hinzu, sobald der Aufstand in Gang gekommen sei, werde er mit der Roten Armee zu Hilfe kommen.⁵⁵ Die Wiedergabe dieses Gesprächs wird wegen des angekündigten Einsatzes der Roten Armee in der Literatur heftig kritisiert. Angress schreibt dazu: „Dieser Bericht klingt ungläubhaft... Selbst wenn Trotzki mit dem Gedanken einer eventuellen Intervention russischer Streitkräfte gespielt haben sollte, so erscheint es doch sehr zweifelhaft, daß er sich auf der Stelle und in Anwesenheit zweier ausländischer Besucher zu einem solchen drastischen Schritt verpflichtet haben sollte. Es ist gleichfalls kaum anzunehmen, daß er die KPD für eine Aktion alarmiert haben sollte, ohne sich in dieser Angelegenheit zunächst einmal mit seinen Kollegen im Politbüro und EKKI zu beraten.“⁵⁶ Die Trotzki-Äußerung wird auch in der Walcher-Biographie von Ernst Stock und Karl Walcher (1998) wiederholt. Da dieses Buch keinen Anmerkungsapparat enthält, läßt sich nicht nachvollziehen, auf welche Quellen sich diese Angaben beziehen.⁵⁷ Erich Wollenberg, der von 1924 und 1933 mit Unterbrechungen in Moskau weilte und Bataillonskommandeur in der Roten Armee war, leitete eine Zeitlang das Historische Kabinett der Internationalen Leninschule. Am 3. November 1953 sagte er mir, der russische Brigadekommandeur Aleksej Stetzki, der bei den Aufstandsvorbereitungen im Jahre 1923 sein Stabschef in der Militärpolitischen Oberleitung Südwestdeutschland war, habe ihm erklärt, daß die Rote Armee einmarschieren würde, sobald sich in Deutschland revolutionäre Herde und eine kommunistische Regierung gebildet hätten.⁵⁸

„Der Spiegel“ berichtete 1995 nach Einsichtnahme einiger seiner Mitarbeiter in die Akten des Geheimarchivs des ZK der KPdSU u. a., Molotow habe als für Militärfragen zuständiger ZK-Funktionär (er war damals Kandidat des Politbüros) an alle russischen KP-Büros einen „Mobilisierungsbefehl“ geschickt, in dem angeordnet wurde, für den Einsatz in Deutschland geeignete Genossen zu erfassen, deutschsprachige Balten, Ungarn, Polen, ehemalige Kriegsgefangene. Der allgemeine Mob(ilisierungs)-Plan sei bestätigt worden: 2,3 Millionen Rotarmisten sollten Gewehr bei Fuß stehen, zusätzlich seien 20 Territorialdivisionen aufgestellt worden. In demselben „Spiegel“-Artikel heißt es über die wirtschaftliche Situation im damaligen Rußland: „Die innere Lage Rußlands nämlich war desolat, der Bürgerkrieg längst nicht ausgeheilt. Das Volk hungerte, die Wirtschaft war ruiniert.“⁵⁹ Damit wird meine 1955 gegebene Darstellung der Ursachen des Aufstandsbeschlusses bestätigt. Angress schrieb demgegenüber 1973: „Wenzels ergänzende These, wonach die Russen nur versuchten, durch die Förderung einer Revolution in Deutschland

⁵⁵ Diese Angaben stützen sich auf einen Bericht, den mir Enderle am 18. Oktober 1952 am Rande des DGB-Bundeskongresses in Berlin gab. Er war damals Chefredakteur der Funktionärzeitschrift „Die Quelle“.

⁵⁶ Angress (Anm. 33), S. 428. Ähnlich Wolfgang Eichwede, *Revolution und internationale Politik. Zur kommunistischen Interpretation der kapitalistischen Welt 1921 – 1925*, Köln/Wien 1971, S. 62.

⁵⁷ Stock/Walcher (Anm. 18), S. 78 f.

⁵⁸ Vgl. Erich Wollenberg, *Als Rotarmist vor München*, Reprint, Hamburg 1952, S. 10. In der Roten Armee gab es damals keinen Generalsrang, die vergleichbaren Dienstgradbezeichnungen waren Brigadekommandeur, Divisionskommandeur und Armeekommandeur.

⁵⁹ „Die Welt erobern“, in: „Der Spiegel“ Nr. 44/1995, S. 51. In diesem Artikel heißt es auf Seite 54: „Was der Berliner Historiker Otto Wenzel bereits 1955 ermittelte, Ruth Fischer wie Radek und Sinowjew im nachhinein jedoch bestritten hatten, belegt nun das Moskauer Archiv: Am 4. Oktober 1923 bestimmte das sowjetische Politbüro als Zeitpunkt der deutschen Revolution den fünften Jahrestag der Novemberrevolution von 1918.“ Es stimmt, daß ich 1955 im Großen und Ganzen richtig dargestellt habe, warum die russische Führung 1923 den „deutschen Oktober“ geplant hat, aber Fischer, Radek und Sinowjew haben das Datum 9. November nicht bestritten.

von wirtschaftlichen Schwierigkeiten im eigenen Land abzulenken, ist zwar bestechend, aber nicht beweiskräftig.“⁶⁰

Unter Berufung auf die Memoiren von Boris Bajanow⁶¹ hatte ich in meiner Arbeit darauf verwiesen, daß am 23. August 1923 in Moskau eine Sitzung des Politbüros stattfand, „auf der mit der deutschen Revolution in ihrer ganzen Tragweite gerechnet wurde. Die größte Begeisterung zeigte Trotzki, der davon sprach, daß ein Sieg dieser Revolution den Erfolg der Weltrevolution garantieren, ihre Niederlage jedoch den Untergang der Sowjetunion bedeuten würde. Es könnte sich nur noch um Wochen handeln. Sinowjew war etwas vorsichtiger; er sprach von Monaten. Stalin hielt eine Revolution allenfalls im Frühjahr 1924 für möglich.“ Vertreter der deutschen Parteiführung wurden nach Moskau eingeladen, unter anderen Brandler und Ruth Fischer.⁶² Während einige Autoren nach mir die Angaben Bajanows für glaubwürdig hielten,⁶³ schrieben Jens Becker und Harald Jentsch noch im Jahre 1996 in ihrem Aufsatz „Heinrich Brandler – Biographische Skizze bis 1924“ von einer „Geheimsitzung“ am 23. August, die durch die Literatur „geistere“.⁶⁴

Die erwähnte Sitzung des Politbüros der KPR fand – wie aus dem 1995 veröffentlichten Protokoll hervorgeht – am 21. August statt. Ihr lagen Thesen von Sinowjew zur bevorstehenden Revolution in Deutschland und eine Stellungnahme dazu von Stalin vor. In einer lebhaft geführten Debatte gingen die Redner davon aus, daß diese Revolution auch dann organisiert und geleitet werden müssen, wenn das Krieg mit Frankreich und Polen bedeute. Auf diesen Krieg müsse sich Rußland vorbereiten. Stalin hielt es für notwendig, einen Korridor durch litauisches und polnisches Gebiet zu schaffen, durch den Hilfsgüter nach Deutschland transportiert werden konnten. Dem russischen Muschik müsse in einer großangelegten Agitation klar gemacht werden, daß es um Sein oder Nichtsein der 1922 gegründeten Föderation gehe („Wenn wir in Deutschland verlieren, werden wir gefressen.“). Lange wurde über die Terminsetzung diskutiert, wobei sich die Auffassung durchsetzte, daß man einen Terminplan für die Vorbereitungsmaßnahmen, nicht jedoch für den Tag des Losschlagens festlegen müsse. Unterschiedlicher Meinung war man darüber, ob die linken Sozialdemokraten als Verbündete benötigt würden oder ob man sie von vornherein von der Aufnahme in die Arbeiter- und Bauernregierung ausschließen solle. Auf die Wichtigkeit der Gewinnung des Kleinbürgertums und der Kleinbauernschaft wurde von mehreren Rednern hingewiesen. Deshalb sollte man sich nach dem Sieg nicht mit der Nationalisierung der Produktionsmittel beeilen, denn das würde breite Schichten abstoßen. Nur ein Politbüromitglied, Rykow, kam zu der Feststellung: „Wir sind absolut nicht vor-

⁶⁰ Angress (Anm. 33), S. 431. Obwohl dieser Autor „in einer Reihe von Einzelfragen entschieden“ von den Auslegungen meiner Dissertation abweicht, nennt er sie „eine sorgfältig ausgearbeitete Untersuchung über die Tätigkeit der Partei im Krisenjahr 1923, der meine eigene Arbeit ungemein viel verdankt... Abgesehen von Unterschieden in der Interpretation der Unterlagen ist Dr. Wenzels gewissenhaft ausgeführte, ins Einzelne gehende Darstellung der kommunistischen Taktik in allen Teilen des Reiches ein äußerst wertvoller Beitrag zur Geschichte der KPD“ (S. 533).

⁶¹ Boris Bajanow, Stalin, der rote Diktator, Berlin 1931, S. 122 f.; überarbeitete Neuauflage unter dem Titel „Ich war Stalins Sekretär“, Berlin 1977.

⁶² Wenzel (Anm. 1), S. 179 f.

⁶³ u. a. Angress (Anm. 33), S. 429.

⁶⁴ Jens Becker/Harald Jentsch, Heinrich Brandler – biographische Skizze bis 1924, in: Jahrbuch für historische Kommunismusforschung, Berlin 1996, S. 288.

bereitet.“ Es wurde eine Kommission zur Ausarbeitung eines Aktionsplans gebildet, der Sinowjew, Stalin, Trotzki, Radek und Außenkommissar Tschitscherin angehörten.⁶⁵

Charakteristisch für die Vorbereitung des „deutschen Oktober“ im Herbst 1923 war, daß in dieser Sitzung allein Trotzki bedauerte, daß keiner der „deutschen Genossen“ hinzugezogen wurde. Dabei waren zu diesem Zeitpunkt drei Zentrale-Mitglieder der KPD in Moskau: Clara Zetkin und Hoernle, die deutschen Vertreter beim EKKI, und Walcher.⁶⁶ Während der Politbürositzungen am 21. September und 4. Oktober befand sich sogar Brandler in der russischen Hauptstadt, auch er durfte jedoch nicht teilnehmen. Er wurde lediglich von Sinowjew über die Ergebnisse informiert. Am 21. September wurde ein Dokument beschlossen, dem die Thesen der Sinowjew-Kommission zugrunde lagen und das am 23. d. M. vom ZK-Plenum bestätigt wurde. Darin hieß es, die KPD habe die aktivsten Schichten des Proletariats erobert und werde in näherer Zukunft in der Lage sein, die Mehrheit des Proletariats zu gewinnen. Bereits jetzt habe sie die Unterstützung eines bedeutenden Teils des Kleinbürgertums und der Kleinbauernschaft. Die Entscheidung werde voraussichtlich in den nächsten Wochen fallen, denn eine weitere Hinauszögerung könnte zum Zerfall der revolutionären Kräfte und zur Eroberung der Macht durch die „Faschisten“ führen. Interessant sind einige außenpolitische Aspekte. Die „deutsche proletarische Regierung“ werde die dem Deutschen Reich im Versailler Vertrag auferlegten Reparationszahlungen unter entsprechenden Bedingungen fortsetzen, um Frankreich keinen Vorwand zu einem Krieg und zum Einmarsch seiner Armee ins unbesetzte Reichsgebiet zu geben. Anders als 1919, als Sowjetrußland wegen seiner katastrophalen Wirtschaftslage die Räterepubliken Bayern und Ungarn nicht unterstützen konnte, sei das Land jetzt stark genug, die benötigte Hilfe zu leisten.⁶⁷ Das industrielle Sowjet-Deutschland und das agrarische Sowjet-Russland würden einander glänzend ergänzen, beide zusammen würden eine große militärische Macht darstellen. Die erfolgreiche deutsche Revolution werde in der Sowjetunion zum endgültigen Sieg der sozialistischen Produktionsweise führen.⁶⁸

In einer Politbürositzung am 4. Oktober wurde der 9. November als Aufstandstermin bestätigt, jedoch die endgültige Entscheidung der deutschen Parteiführung überlassen. Es hieß, möglicherweise werde sogar eine Vorverlegung notwendig sein. Das Politbüro hielt es für ausgeschlossen, Trotzki und Sinowjew im gegenwärtigen Moment nach Deutschland zu schicken, da ihre mögliche Verhaftung der internationalen Politik der Sowjetunion und der deutschen Revolution großen Schaden zufügen würde. Statt dessen sollten die ZK-Mitglieder Pjatakow und Radek, der ZK-Sekretär Rudsutak und der Politbüro-Kandidat Kuibyschew entsandt werden. Diese „Vierergruppe“ sollte ab 5. Oktober von ihrer Arbeit in Rußland freigestellt werden. Vor ihrer Abreise sollte sie noch einmal mit der Sinowjew-Kommission zusammentreffen. Bei ihrer Ankunft in Deutschland galt es zu überlegen, ob es zweckmäßig sei, den Berliner Botschafter Krestinski mit vollem Stimm-

⁶⁵ „Istotschnik“, Moskau, Nr. 5/1995, S. 117 – 127. Den Hinweis auf diese Zeitschrift fand ich in dem Aufsatz von Karsten Rudolph, Das Scheitern des Kommunismus im deutschen Oktober 1923, in: IWK, 32. Jahrgang, Heft 4, Dezember 1996, S. 506, dem ich wertvolle Anregungen verdanke.

⁶⁶ Stock/Walcher (Anm. 18) schreiben, daß Walcher an dieser Politbürositzung teilnahm (S. 79), was nicht richtig ist.

⁶⁷ Diese wirtschaftliche Stärke im Jahre 1923 muß in Relation zur katastrophalen Situation im Frühjahr 1919 gesehen werden. Das ändert nichts an den oben dargestellten wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Landes.

⁶⁸ „Istotschnik“ (Anm. 65), S. 131 ff.

recht in ihre Arbeit einzubeziehen. Die „deutschen Genossen“ sollten über diesen Beschluß in Kenntnis gesetzt werden.⁶⁹

In meiner Dissertation schrieb ich, daß Brandler Ende August oder Anfang September in Moskau eingetroffen sei.⁷⁰ Becker und Jentsch weisen nach, daß er erst am 17. September ankam.⁷¹ In den Briefen, die er von dort an das Polbüro der KPD schrieb, schlug sich seine Enttäuschung über den schleppenden Verlauf der Beratungen mit russischen, französischen und tschechoslowakischen Kominternfunktionären nieder. Nach der ZK-Sitzung am 23. September, an der die Deutschen (außer Brandler weilten Eberlein und Thälmann in Moskau) nicht teilnahmen, berichtete ihm Sinowjew von dem dort einstimmig angenommenen Dokument.⁷² Differenzen habe es, schrieb Brandler, nur in der Frage der Arbeiterräte (Sowjets) gegeben. Sinowjew, Bucharin und Stalin seien dafür, daß die KPD jetzt diese Losung ausbebe. Die deutsche Delegation, Trotzki und Radek seien dagegen und verträten die Auffassung, daß die den Arbeiterräten zgedachten Aufgaben von den Betriebsräten wahrgenommen werden könnten, wie es die auf dem Leipziger Parteitag bestätigte Einheitsfronttaktik vorsah. Gegen den Eintritt in die sächsische und eventuell in die thüringische Landesregierung, schrieb Brandler am 28. September, gebe „es bei den russischen Genossen nicht nur keinen Widerstand, sondern der Eintritt kurz vor den entscheidenden Kämpfen zur Durchführung der letzten Vorbereitungen wird als zweckmäßig angesehen“.⁷³ Offenbar hat er aus Kominterndisziplin verschwiegen, daß bei den Moskauer Beratungen wichtige Beschlüsse gegen seinen Einspruch erfolgten. In einem Redebeitrag auf dem V. Weltkongreß, am 23. Juni 1924, erklärte er: „Ich mache mir den Vorwurf, daß ich nicht hart und fest genug war, auf diesem meinem Einspruch (gegen den Eintritt in die sächsische Regierung und die Verlegung der Zentrale nach Dresden) zu beharren. Es war einer meiner größten Fehler.“⁷⁴ Am 15. Februar 1948 sagte er in einem Gespräch mit Isaac Deutscher und ähnlich am 31. August 1952 in einem Gespräch mit mir, gegen den Eintritt in die sächsische Regierung und die Bewaffnung von 50.000 bis 60.000 Arbeitern habe er sich mit dem Argument ausgesprochen, daß eine Regierungsbeteiligung aus einer Massenerhebung erwachsen müsse, daß man eine Revolution nicht „erschleichen“ könne und im übrigen die sächsische Polizei über keinerlei Waffenvorräte verfüge. Daraufhin habe Sinowjew losgebrüllt und mit der Faust auf den Tisch geschlagen. Selbst Trotzki bemühte sich, nach dieser Darstellung, einen ganzen Abend lang, Brandler davon zu überzeugen, daß er sich dem Beschluß der Komintern fügen müsse. Dieser gab schließlich nach und sagte sich, daß die Russen drei Revolutionen gemacht und in einer gesiegt hätten. Trotzdem hielt er diese Entscheidung für unvernünftig.⁷⁵

⁶⁹ Ebd., S. 131 – 138. Von den Genannten sind nach dem vorliegenden Material nur Radek und Pjatakow in Deutschland eingetroffen.

⁷⁰ Wenzel (Anm. 1), S. 180.

⁷¹ Becker/Jentsch (Anm. 64), S. 288.

⁷² Dieses Dokument konnte im Historischen Archiv der KPD in SAPMO-BA nicht gefunden werden.

⁷³ Brandler an Polbüro 28.9.23, in: SAPMO-BA RY 5/I 6/3/126, Bl. 121 f.

⁷⁴ Protokoll. Fünfter Weltkongreß der Kommunistischen Internationale, Band I, Hamburg 1924 (künftig zitiert: V. Weltkongreß), S. 229.

⁷⁵ Hermann Weber (Hrsg.), Unabhängige Kommunisten. Der Briefwechsel zwischen Heinrich Brandler und Isaac Deutscher 1949 bis 1967, Berlin 1981, S. 7 f. Diese Angaben entnehme ich der englischen Niederschrift über ein Gespräch, das Deutscher am 15.2.1948 mit Brandler führte. Sie ist etwas präziser als der Bericht, den dieser mir am 31.8.1952 gab.

Ruth Fischer schreibt, Brandler sei bei seiner Ankunft in Moskau „zu Tode erschrocken“ gewesen, als er von den russischen Revolutionsvorbereitungen erfuhr.⁷⁶ Das erscheint unglaubwürdig, weil Ruth Fischer erst am 2. Oktober in Moskau eintraf und Brandler, durch Walcher von der Moskauer „Beratung“ unterrichtet, dem EKKI am 28. August geschrieben hatte: „Wir freuen uns, daß in allen Fragen Übereinstimmung herrscht.“⁷⁷ Ruth Fischers Angaben über die maßlose Übertreibung der kommunistischen Stärke durch Brandler habe ich 1955 widersprochen, muß das jedoch korrigieren. In einem Diskussionsbeitrag auf dem 2. Parteitag der Kommunistischen Partei Polens, der am 22. oder 23. September in der Nähe von Moskau stattfand, sagte Brandler, die Partei habe in den „bewaffneten Arbeitergruppen“ schon 200.000 Mann, im Laufe von sechs Wochen müßten 15 Divisionen aufgestellt werden. Die Partei besitze Handwaffen für diese ganzen Divisionen.⁷⁸ Diese horrenden Zahlen tauchen auch in dem vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU 1970 herausgegebenen Kurzen historischen Abriß „Die Kommunistische Internationale“ auf.⁷⁹ Da sie in krassem Gegensatz zu den Zahlen stehen, die der Militärische Leiter bei der Zentrale der KPD im Oktober 1923 nannte, sind Zweifel daran angebracht, daß der Redetext von Brandler stammt, und es liegt die Vermutung nahe, daß ihm zumindest einige Passagen vom Apparat der Komintern aufgeschrieben wurden, denn er hielt diesen Diskussionsbeitrag im Auftrag der Komintern. Am 8. Dezember 1954 schrieb Brandler an Isaac Deutscher, daß ihm auf die Reise nach Moskau eine Mitteilung mitgegeben wurde, es seien bereits 70.000 Gewehre eingelagert, was sich später als Schwindel herausstellte. Er unterließ es, anzugeben, von wem er diese Mitteilung hatte, möglicherweise von August Kleine (Samuel Guralski), der gegen seinen Willen zu seinem Stellvertreter im Revolutionären Kriegsrat gewählt worden war und einen eigenen Draht nach Moskau hatte. Es ist im übrigen völlig unglaubhaft, daß sich die russische Führung nur auf die Informationen Brandlers verlassen haben sollte. Trotzki zitierte während der Politbürositzung am 21. August aus einem Bericht des Militärischen Leiters bei der Zentrale der KPD. Aus ihm ging hervor, daß im Juli 1923 in Deutschland 900 proletarische Hundertschaften mit etwa 45.000 „Kämpfern“ bestanden. Trotzki bemängelte übrigens an den Plänen des Militärischen Leiters das völlige Fehlen militärstrategischer Aspekte. Das bestätigt die schriftliche Mitteilung Wollenbergs vom 8. Juli 1954, Trotzki habe ihm im Mai 1924 seinen Aktenvermerk gezeigt, aus dem hervorging, daß er diese Pläne mit der Begründung zurückgewiesen habe: „Annahme verweigert, da überhaupt nicht die Probleme der Revolution und der Vorbereitung des bewaffneten Aufstandes in Deutschland berührt.“ Hier erhebt sich natürlich die Frage, warum der Kriegskommissar diese Pläne nicht korrigiert oder gar den Militärischen Leiter, der den Rang eines russischen Divisionskommandeurs bekleidete, durch einen fähigeren Militärexperten ersetzt hat.⁸⁰ Der von Ruth Fischer erwähnte „Prawda“-Artikel, in dem Brandler geschrieben haben soll, daß in Sachsen und Thüringen jeder Arbeiter sein Gewehr hinter dem Küchentisch versteckt habe, war die Wiedergabe eines Berichts, den er am 21. September im Vollzugsausschuß der Roten Gewerkschaftsinternationale erstattet hatte, in der Petersburger „Prawda“ vom 23. September. Darin ist jedoch nicht von Gewehren hinter

⁷⁶ Ruth Fischer (Anm. 6), S. 379 ff.

⁷⁷ SAPMO-BA RY 1/1 2/3/208, Bl. 465.

⁷⁸ Heinrich Brandler, Zur Einschätzung der revolutionären Situation in der Weimarer Republik (1923), herausgegeben von Armin Hetzer, Bremen 1977, S. 12.

⁷⁹ Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU (Hrsg.), Die Kommunistische Internationale. Kurzer Abriß, Berlin 1970, S. 237.

⁸⁰ Weber (Anm. 75), S. 127; Fünfter Weltkongreß (Anm. 74), S. 229; „Istotschnik“ (Anm. 65), S. 123.

dem Küchenherd die Rede, sondern von der wachsenden Stärke der KPD, dem Zersetzungsprozeß in der Sozialdemokratie und in den „faschistischen“ Organisationen. Brandlers ambivalente Haltung zu dem geplanten Aufstand äußerte sich in den Worten, daß die „Erlangung der Macht... vollkommen ausführbar“, aber ihre Behauptung „viel komplizierter und schwieriger“ sei. Polen werde sofort Ostpreußen und Schlesien besetzen, die Tschechoslowakei vorrücken, Frankreich weiter vorgehen, und die „Reaktionäre“ würden Berlin und Mitteldeutschland aushungern.⁸¹

Brandler wollte unbedingt am 2. Oktober nach Berlin zurückkehren, mußte jedoch in Moskau bleiben, weil vom 2. bis 5. Oktober mit großer Besetzung „Beratungen der Delegation der Zentrale der KPD und der Delegation der Bezirksleitung Berlin mit den russischen Mitgliedern des EKKI“ stattfanden. Auf ihnen waren die Berliner durch Ruth Fischer, Maslow, Hesse und Schlecht vertreten. Brandler war nur von den KPD-Vertretern bei der Komintern, Clara Zetkin und Hoernle, begleitet. Die russischen Teilnehmer waren Trotzki, Sinowjew, Bucharin, Radek und die EKKI-Sekretäre Pjanitzki und Kuusinen. Die Berliner erhielten zweieinhalb Stunden lang Gelegenheit, ihre politischen Positionen darzulegen und Vorwürfe gegen Brandler zu erheben. Dieser begnügte sich in einem 10-Minuten-Beitrag mit der Feststellung, daß der größte Teil der Zentrale und das ganze Revolutionskomitee kein Vertrauen zu Maslow hätten, gegen den der Vorwurf der Spitzelei erhoben werde, und es ablehnten, bei den Bürgerkriegsvorbereitungen mit ihm zusammenzuarbeiten. Wegen der engen Verbindung Ruth Fischers zu Maslow hätten sie auch zu ihr kein Vertrauen. Eine hochgradig besetzte Komintern-Kommission beschloß daraufhin, daß Maslow wegen „starker Verdachtsmomente“ von der Arbeit in der KPD zu entbinden sei und in Rußland zu bleiben habe. Ruth Fischer durfte jedoch nach Deutschland zurückkehren, wodurch der heftige innerparteiliche Konflikt in der Hochphase der Aufstandsvorbereitungen andauerte. Diese Beratungen wären nicht so verlaufen, wenn nicht Sinowjew den Kampf der Berliner Opposition gegen die „rechte“ Parteiführung unterstützt und gefördert hätte.⁸²

Am zweiten Beratungstag teilte Sinowjew mit, die KPR habe ein konkretes Programm ausgearbeitet, das Hilfe auf dem Gebiet der Verpflegung, der Bewaffnung und der Mobilisierung verschiedener Kräfte beinhalte. Eine Delegation aus russischen Funktionären der Komintern mit größeren Befugnissen und großer politischer Erfahrung werde zur Vorbereitung des Aufstandes nach Deutschland geschickt werden. Er übermittelte eine Reihe von Beschlüssen, die vom russischen Politbüro gefaßt worden waren (während des Vortrags übersetzte er aus dem Russischen):

- 9. November als „provisorische Frist“ für den bewaffneten Aufstand.
- In der Massenagitation solle erklärt werden, daß die Arbeiter- und Bauernregierung⁸³ „nichts anderes bedeutet als Diktatur des Proletariats in der Form von Arbeiter- und Bauernsovjets“.
- Die vorhandenen Betriebsräte üben wichtige Funktionen der „Arbeiter-Deputierten-Räte“ aus. Zusätzlich müßten Bauern- und Landarbeiterräte gebildet werden.

⁸¹ Das Auswärtige Amt schickte am 5. 10.1923 der Präsidialkanzlei eine Übersetzung, in: BA-Präsidialkanzlei, R 601/619, Fiche 1, Bl. 22 ff. Den Hinweis auf diese Fundstelle verdanke ich Rudolph (Anm. 65), S. 508 f.

⁸² SAPMO-BA RY 5/I 6/10/78, Bl. 1 ff, 46.; SAPMO-BA (Anm. 73), Bl. 124 f.; SAMPO-BA RY 5/I 6/3/125, Bl. 66.

⁸³ Sinowjew hatte im Juni auf einer Sitzung des erweiterten EKKI zur Gewinnung der Bauernschaft die Parole „Arbeiter- und Bauernregierung“ ausgegeben.

- Es sei „unsere wichtigste Aufgabe“, die heute noch unter dem Einfluß der linken Führer der SPD stehenden Arbeiter „für uns zu gewinnen“. Der linke Flügel der Sozialdemokratie solle möglichst schnell „liquidiert“ werden. Wörtlich sagte er: „Wir können ihnen sagen, macht den Bruch mit den Rechten, und dann sie stürzen. Wir können sagen, daß wir in eine gemeinsame Regierung mit ihnen gehen werden, aber es niemals halten.“
- Ferner teilte Sinowjew mit, daß Unterredungen mit Vertretern der Kommunistischen Parteien Frankreichs, der Tschechoslowakei und Polens stattgefunden hätten, die die deutsche Revolution unterstützen sollten. Trotzki äußerte bei dieser Gelegenheit seine Überzeugung: „Wir haben in Deutschland eine revolutionäre Situation, die vollständig reif ist.“⁸⁴

Das im Oktober 1923 keinen Widerspruch duldende Verhalten der russischen Kominternführer, dem sich die Vertreter der anderen kommunistischen Parteien unterordneten, und die Ausarbeitung der Aufstandspläne im russischen Alleingang stehen in einem krassen Gegensatz zu dem von gegenseitigem Respekt und Kompromißbereitschaft geprägten Verhalten in der ersten Hälfte des Jahres 1923. Dieser abrupte Wechsel läßt sich nur mit der Interpretation des Ereignisses durch Alexander Watlin erklären: „Die Dokumente aus dem vor kurzem erschlossenen Komintern-Archiv in Moskau beweisen eindeutig, daß der ‚deutsche Oktober‘ vor allem eine Idee der Spitze der KPdSU war, die nach der Erkrankung und politischen Absenz W. I. Lenins ihre Position durch weltrevolutionäre Aktionen festigen wollte. Das Konzept... basierte auf der russischen Erfahrung und überschätzte die Reife der sozialen Konflikte in Deutschland“. Klaus Kinner charakterisiert die damalige Situation mit den Worten: „Der übermächtige Glauben an die Weltrevolution, die verzweifelte Hoffnung auf den Entsatz der russischen durch die deutsche Revolution betäubten nüchternes Kalkül und Realitätssinn.“⁸⁵

Sinowjew veröffentlichte in der Zeit zwischen dem 19. Oktober und dem 9. November 1923 in „Inprekorr“ eine achteilige Artikelreihe unter dem Titel „Probleme der deutschen Revolution“.⁸⁶ Der Komintern-Vorsitzende, der damals nach Lenin protokollarisch der erste Mann der KPR war – er hielt das politische Referat auf dem XII. Parteitag (1923) und auf dem XIII. Parteitag (1924), Stalin hielt das organisatorische Referat -, sprach von mehr als 22 Millionen Arbeitern (wobei er die mithelfenden Familienangehörigen der selbständigen Bauern zu den Landarbeitern zählte), von denen die Kommunisten bereits die Mehrheit erobert hätten oder dazu im Begriff seien. Er lobte die hohe Bildung und Wehrerfahrung der deutschen Arbeiter und setzte ihnen gegenüber die russischen Arbeiter herab, die 1917 nicht einmal gewußt hätten, wie man ein Gewehr in die Hand nimmt. Die linken Sozialdemokraten würden in der Geschichte der deutschen Revolution die gleiche Rolle spielen wie die linken Sozialrevolutionäre in Rußland, die sich 1917/18 nur vier Monate an Lenins Regierung beteiligt hatten. Er hielt es nicht mehr für nötig zu verschweigen, daß die Arbeiter- und Bauernregierung das Synonym für eine Sowjetregierung nach russischem Muster sei. Für die wirtschaftlichen Probleme hatte er fast überall Lösun-

⁸⁴ SAPMO-BA RY 5/I 6/10/78, S. 51 ff., 68 f.

⁸⁵ Alexander Watlin, Die Komintern 1919-1929. Historische Studien, Mainz 1993, S. 73. Der Autor arbeitete am Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU bis zu dessen Schließung. Den Namen KPdSU nahm diese Partei übrigens erst im Jahre 1925 an; Klaus Kinner, Der Deutsche Kommunismus. Selbstverständnis und Realität, Band I Die Weimarer Zeit, Berlin 1999, S. 60. Dieses Buch wurde durch die Historische Kommission beim Parteivorstand der PDS ermöglicht.

⁸⁶ „Inprekorr“ vom 19.10., 22.10., 25.10., 29.10., 31.10., 2.11., 5.11. und 9.11.23.

gen zur Hand: für die Arbeitlosen den Dienst in der Roten Armee, für die Lebensmittelnot Getreidelieferungen aus Rußland, für die Beseitigung des Kohlemangels Einfuhren aus Polen und der Tschechoslowakei. Radek, der wie Brandler ursprünglich Bedenken gegen diese Aufstandskonzeption hatte, dann aber in die Euphorie der russischen Führer einstimmt, befaßt sich mit den außenpolitischen Problemen und kam zu dem Ergebnis, daß man den Frieden einer deutschen Sowjetrepublik unter Umständen mit finanziellen und territorialen Opfern erkaufen müsse. Er war aber so optimistisch, daß er am Horizont bereits die Vereinigten Sowjetrepubliken Europas sah. Diese Formel hatte Trotzki Anfang Juli in Erwartung der deutschen Revolution geprägt.⁸⁷

Den Beleg dafür, daß es sich bei der Artikelreihe Sinowjews nicht um Spinnereien eines Einzelgängers handelte, finden wir in seiner Rede auf der XIII. Parteikonferenz 1924: „Alle haben wir die Lage in der Weise eingeschätzt, daß die Revolution in Deutschland eine Frage von Wochen ist... Die pessimistischsten Ansichten unterschieden sich von den optimistischsten nur darin, daß die pessimistischsten Genossen die Revolution zwei, drei oder vier Wochen später erwarteten...“⁸⁸

Wie weit sich die Spitzenfunktionäre der KPR für die deutsche Revolution in aller Öffentlichkeit engagierten, geht aus Handschreiben von Sinowjew, Bucharin und Trotzki hervor, die in der „Roten Fahne“ veröffentlicht wurden. Da alle drei fließend deutsch sprachen, waren ihre Schreiben in deutscher Sprache abgefaßt. Stalins Schreiben mußte ins Deutsche übersetzt werden. Es enthielt die überschwenglichen Sätze: „Die kommende Revolution in Deutschland ist das wichtigste Weltereignis unserer Tage. Der Sieg der Revolution in Deutschland wird für das Proletariat in Europa und in Amerika eine größere Bedeutung haben als der Sieg der russischen Revolution vor sechs Jahren. Der Sieg der deutschen Revolution wird ohne Zweifel das Zentrum der Weltrevolution von Moskau nach Berlin versetzen.“⁸⁹

Zur Desinformation des Auslands wurde durch Manipulation ausländischer Nachrichtenagenturen das Gerücht in die Welt gesetzt, der „realpolitische Flügel“ in der Partei- und Staatsführung habe die Revolutionsabsichten Radeks, Bucharins und Sinowjews verworfen. Um die Dialektik auf die Spitze zu treiben, gewährte Trotzki, der feurigste Befürworter der deutschen Revolution, dem amerikanischen Senator King ein Interview, in dem er sagte, daß Rußland sich in einen Bürgerkrieg in Deutschland nicht einmischen könne, denn das könnte nur in Form eines Krieges geschehen, und diesen lehne es ab.⁹⁰ In Wirklichkeit liefen zu dieser Zeit in der gesamten Komintern, in der russischen wie in den außerrussischen Parteien und insbesondere in der deutschen Partei, fiebrhafte Revolutionsvorbereitungen. In Rußland wurden alle Lohnerhöhungen eingestellt und den Arbeitern gesagt, daß eine Niederlage der deutschen Revolution auch eine Niederlage der russischen bedeuten und eine neue Intervention und einen neuen Bürgerkrieg nach sich ziehen würde. Große Mengen Getreide wurden an die Grenze transportiert und die Organe des Außenhandelskommissariats aufgefordert, große finanzielle Einsparungen zugunsten der deut-

⁸⁷ „Inprekorr“ vom 28.9. und 6.7.23.

⁸⁸ „Inprekorr“ 16.2.24.

⁸⁹ „Rote Fahne“ vom 24.9., 9.10. und 10.10.

⁹⁰ „Vorwärts“ 460/2.10.23; „Vossische Zeitung“ 462/29.9.23.

schen Revolution zu gewährleisten. Auf großen Versammlungen wurden die Frauen angehalten, Schmuckstücke und Eheringe für die deutsche Revolution zu spenden.⁹¹

Angröss meinte in seinem Buch „Die Kampfzeit der KPD 1921-1923“, meine These, „derzufolge die KPD das ganze Jahr 1923 hindurch systematisch und planmäßig auf einen bewaffneten Aufstand hinarbeitete“, könne im Hinblick auf das vorliegende Quellenmaterial nicht aufrecht erhalten werden, „es sei denn, man faßt die aufpeitschenden Schlagwörter, die von Rednern und in Publikationen der Partei damals aus Prinzip angewendet wurden, wörtlich auf“.⁹² Brandler hat in von Hermann Weber veröffentlichten Anmerkungen und mir am 8.1.1954 schriftlich mitgeteilt, daß die Bürgerkriegsvorbereitungen im Herbst 1922 begannen und der russische Divisionskommandeur Skoblewski schon im Dezember 1922 nach Deutschland kam und unter Brandlers Kontrolle arbeitete.⁹³ Selbstverständlich sind diese Bürgerkriegsvorbereitungen erst etwa ab Juli 1923 intensiv betrieben worden. Akten aus dem Historischen Archiv der KPD, die bis zum Ende der SED-Herrschaft gesperrt waren, sind geeignet, Licht in diese Angelegenheit zu bringen. Die Akte RY 5/I 6/10/78 enthält umfangreiche Schriftsätze (Berichte, Briefe, Planungen) und Karten des „Militärischen Leiters bei der Zentrale der KPD“. Sie tragen als Unterschrift die Abkürzungen W-R, W.R., H.R. oder den Vornamen Helmut. Es dürfte sich dabei um den schon erwähnten Pjotr Alexandrowitsch Skoblewski handeln – er war Baltendeutscher, sein richtiger Name Helmut Rose -, der auch das Pseudonym Gorew verwendete.⁹⁴ Er erstattete im Bericht Nr. 3 (die Berichte Nr. 1 und 2 müssen in den Monaten davor erstattet worden sein, konnten aber nicht gefunden werden) Meldung über die militärorganisatorische Arbeit in Deutschland in der Zeit vom 28. Juli bis 27. Oktober 1923. Demnach hat das Polbüro der KPD am 28. August (also sieben Tage nach dem Beschluß des russischen Politbüros) zur Durchführung der Vorarbeit für die Ergreifung der Macht einen zentralen Ausschuß (auch Revolutionskomitee, Revkom genannt) aus sechs Mitgliedern der Zentrale gebildet und mit diktatorischen Vollmachten ausgestattet. Dieser Ausschuß bestand aus dem „Revolutionären Kriegsrat“, dem Brandler, das Zentrale-Mitglied August Kleine und Helmut Rose angehörten, sowie den Leitern der Kommissionen für Verpflegung (Iwan Katz), Verkehrswesen (Fritz Heckert), Aufklärung (Fritz Wolff), Waffenbeschaffung (Wilhelm Pieck) und Zersetzung (Hugo Eberlein).⁹⁵

Nicht zu verwechseln mit dem Militärischen Leiter bei der Zentrale der KPD war der „Leiter der Militärabteilung der Zentrale der KPD“, Gerhard Schott (Deckname Robert). Wie er am 9. Oktober 1923 berichtete, ist er im Juli 1923 auf Grund eines Beschlusses des Polbüros der KPD aus Moskau in die Heimat beordert worden. wo er am 8. August seine Arbeit aufnahm. Er war u.a. für die Herausgabe der Schriftenreihe „Vom Bürgerkrieg“, von der bis zum 9. Oktober vier Hefte erschienen, für die militärtheoretische Beilage der „Roten Fahne“ sowie die theoretische Vorbereitung des Bürgerkriegs verantwortlich. Dafür stellte er Material zusammen, neben Bürgerkriegsliteratur u. a. Karten über die Dislozierung der Reichswehr, die an die militärischen Strukturen der KPD in den Bezirken ver-

⁹¹ Bericht über die Tätigkeit der Exekutive der Kommunistischen Internationale vom IV. zum V. Weltkongreß, Hamburg 1924, S. 8; „Inprekorr“ vom 21.9. und 22.10.23; Bajanow (Anm. 61), S. 151 f.

⁹² Angröss (Anm. 33), S. 533.

⁹³ Weber (Anm. 75), S. 270. Angröss hält es für wahrscheinlich, daß Skoblewski erst im September 1923 in Deutschland eintraf (S. 453).

⁹⁴ SAPMO-BA (Anm. 84), Bl. 127, 98; Weber (Anm. 75), S. 289.

⁹⁵ SAPMO-BA (Anm. 84), Bl. 99; Kaufmann (Anm. 6), S. 77 f.

teilt wurden. Unter seiner Leitung wurden Referate erarbeitet, u. a. über die Führung des Bürgerkrieges, über das Lesen von Karten, die Pistole 08, das Mauser-MG und das Führen von Panzerwagen.⁹⁶ Am 8. August 1923 klagte er darüber, daß nicht genügend Lehrer für die Ausbildung von Hundertschaften vorhanden seien. Er machte darauf aufmerksam, daß der russische Bürgerkrieg ein Bewegungskrieg gewesen sei, in Deutschland würden die entscheidenden Schlachten in den Städten geschlagen werden.⁹⁷

Roses Papiere bestätigen in etwa die von mir nach den Angaben von Erich Wollenberg genannten Militärpolitischen Oberbezirke: Nordwestdeutschland, Berlin, Westdeutschland, Mitteldeutschland, Südwestdeutschland sowie die Sonderbezirke Königsberg, Bayern und Schlesien. Jede Oberbezirksleitung bestand aus dem Militärpolitischen Oberbezirksleiter, der direkt dem Revolutionären Kriegsrat unterstand und mit dem politischen Leiter des Oberbezirks (die 22 KPD-Bezirke waren in acht Oberbezirken zusammengefaßt) zusammenarbeiten sollte, dem Militärkommissar und dem militärischen Fachmann, bei dem es sich um einen russischen Brigadekommissar handelte, der als Stabschef fungieren sollte. In jedem Parteibeziirk arbeitete nach diesen Strukturen ein Bezirksleiter für militärorganisatorische Arbeit und ein militärischer Berater. In der Woche vom 15. bis 22. September wurden Ortskampfleitungen gebildet und je drei Hundertschaften zu einem Bataillon zusammengefaßt.⁹⁸

Einen Tag vor seiner Abreise nach Moskau erhielt Brandler von Rose einen Katalog von Forderungen, die er dort unbedingt stellen müsse. Bis zum 23. September sollten zehn Mann „rübergeschickt“ werden, die als militärische Berater für die Oberbezirke fungieren würden. Sie müßten gut deutsch sprechen und lesen können und Truppenführer gewesen sein, die mindestens eine Einheit im Umfang einer Division geführt hätten. Außerdem forderte er „deutsche Genossen“ an, die in der Roten Armee Kommandostellen eingenommen haben. Besonderen Wert legte er auf einen deutschen oder österreichischen Generalstäbler für „unseren Generalstab“. Er schlug den „Genossen Kapitani“ vor, der Generalstabsoffizier in der österreichischen Armee war und in diesem Jahr die russische Kriegsakademie absolviert habe.⁹⁹

Der Militärische Leiter forderte als „Minimalausrüstung“ für Berlin, Sachsen, Thüringen und Hamburg insgesamt 100.000 Gewehre, mußte aber zugeben, daß seine Planungen in diesem Punkt nicht erfüllt seien. Die Partei befand sich nämlich nur im Besitz von 11.000 Gewehren, eine Zahl, die ich unter Bezugnahme auf Angaben in der Zeitschrift „Internationale“ auch in meiner Dissertation genannt habe. Außerdem stünden 141 MGs, 130 MPs, 1.811 Revolver und 1.131 Handgranaten zur Verfügung.¹⁰⁰ Auch die Zahl der nach Roses Angaben in den Hundertschaften organisierten Arbeiter wurde von mir verhältnismäßig richtig wiedergegeben. Eine den preußischen Staatsorganen in die Hände gefallene

⁹⁶ Komintern i ideja mirowoj rewoluzii. Dokumenty (Die Komintern und die Idee der Weltrevolution. Dokumente) (künftig zitiert: Komintern Dokumenty), Moskau 1998, Nr. 113, S. 416 ff.

⁹⁷ Ebd., Nr. 114, S. 424.

⁹⁸ SAPMO-BA (Anm. 84), Bl. 102 ff.; Wollenberg 3.11.53.

⁹⁹ SAPMO-BA (Anm. 77), Bl. 489. Am 14.10. schrieb Hoernle dem Polbüro, daß der Genosse Kapitani in den nächsten Tagen in Deutschland eintreffen werde. Vgl. SAPMO-BA (Anm. 73), Bl. 130, 132.

¹⁰⁰ SAPMO-BA (Anm. 84), Bl. 105, 122; Wenzel (Anm. 1), S. 197; „Internationale“ 6. Jg., Nr. 18, S. 524.

Aufstellung aus 17 (von 22) Bezirken wies am 22. Oktober 113.600 Mann auf.¹⁰¹ Nach Rose waren es am 21. Oktober 133.100 Mann.

Am 7. Oktober schickte der Militärische Leiter mit Zustimmung der Zentrale einen vierseitigen „kurzen Bericht“ nach Moskau, der folgende „operative Aufgaben“ vorsah:

- Hamburg hatte mit dem Vormarsch längs des rechten Elbufers die revolutionären Ländarbeiter Mecklenburgs und Pommerns zu unterstützen und zu sammeln. Ziel: Berlin von Norden her zu Hilfe zu eilen.
- Ruhr hatte über Kassel Kräfte zur Vereinigung mit Thüringen zu werfen und dadurch die Verbindung Bayerns mit dem übrigen Deutschland zu zerstören.
- Mitteldeutschland hatte folgende Aufgaben:
 - a) Verteidigung gegen Bayern
 - b) Einnahme Magdeburgs
 - c) Hilfe für Berlin.
- Bayern hatte lebhaftige Partisanentätigkeit (Kleinkrieg) zu entwickeln und im Rücken der feindlichen Streitkräfte Bayerns, welche gegen Sachsen vorgehen wollten, zu wirken.
- Schlesien hatte lebhaftige Partisanentätigkeit zu entwickeln und durch Vormarsch auf Breslau starke Teile der Reichwehr abzuziehen.
- Berlin: Einnahme der Stadt und Vereinigung mit den Kräften aus Mitteldeutschland.
- Ostpreußen: Partisanentätigkeit zur Erfassung der Waffen.

Die Folgerungen, die Rose aus diesen operativen Aufgaben zog, lauteten: „Grundbedingung für die Durchführung dieses Planes ist: Einheitlichkeit der politischen Ziele des größten Teils der organisierten Arbeiterschaft Deutschlands. Hierzu ist vor allem notwendig Schaffung einer fest gefügten Einheitsfront der Werktätigen. Solange diese Vorbereitung für den Kampf um die Macht mit einem standhaften Gegner fehlt, wie zur Zeit die bewaffnete Reaktion eben ist, kann der Kampf mit einer Niederlage des Proletariats enden.“¹⁰² Liest man diese Sätze, kommt man zu dem Ergebnis, daß ein kommunistischer Aufstand im Herbst 1923 aussichtslos war.

Noch viel phantastischer als die „operativen Aufgaben“ vom 7. Oktober waren handgeschriebene, ganz geheime Planungen vom 29. und 30. September, die einen Umfang von 22 Seiten haben. In ihnen ist von Operationen in Mitteldeutschland, in Ostpreußen, an der „polnischen Front“, „gegen Frankreich“, im Südwesten Deutschlands, Maßnahmen bei einem Angriff der „Weißen“ von Westen und Osten sowie von Operationen zur See und zum Schutz der Transporte zu Wasser die Rede. Eine Seite ist aus dem Manuskript herausgenommen worden. Sie hat Waffenlieferungen aus Rußland zum Inhalt, u.a. 20.000 Granaten Kaliber 10,5 cm und 3.000 Schrapnelle 10,5 cm. Einige Flugzeuge sollten auf dem Luftweg nach Deutschland verlegt werden. In dem Abschnitt „Die bewaffneten Kräfte der Revolution“ machte sich der Militärische Leiter bereits Gedanken darüber, „daß gleich an die Organisation von Schulen für Kommandeure aus den Reihen der Arbeiter und Bauern gegangen werden“ müsse. Einstweilen könnten ehemalige Kommandeure des Heeres verwendet werden, besonders ehemalige Unteroffiziere und Reserve-Offiziere.¹⁰³

¹⁰¹ Wenzel (Anm. 1), S. 195 f.; Staatsarchiv Düsseldorf Nr. 16953, Bl. 254.

¹⁰² SAPMO-BA (Anm. 84), Bl. 122, 124 ff. Es handelt sich um eine sprachlich leicht überarbeitete Wiedergabe des Textes.

¹⁰³ SAPMO-BA (Anm. 84), Bl. 150-172.

Wenn man diese Papiere liest, fühlt man sich an Sinowjews Artikelreihe „Probleme der deutschen Revolution“ erinnert. Allerdings muß man dabei berücksichtigen, daß auch bei Rose Erinnerungen aus der russischen Revolution mitschwingen. Schließlich hatten im November 1917 die Roten Garden in Petrograd nur eine Stärke von 10.000 Mann, in Moskau sogar nur von 3.000 Mann.¹⁰⁴ Die Planungen gingen davon aus, daß sich im Augenblick des Aufstandes die Zahl der Arbeiter, die bereit waren, sich in den Hundertschaften zu organisieren, wie damals in Rußland schnell vervielfachen würde. Am ersten Tag des Aufstandes sollten alle bekannten und zum Teil bereits überwachten Waffenlager des Staates (der Polizei und, wo es möglich war, auch der Reichswehr) erobert werden. Außerdem sollten Waffen gekauft werden, wofür Dollars aus russischen Quellen zur Verfügung standen. Es sollten jedoch auch Waffen und Sprengstoffe aus Waffenlagern rechtsradikaler Organisationen, aus Waffengeschäften und Steinbrüchen gestohlen werden. Schließlich war die eigene Herstellung von Waffen geplant, unter anderen Zehntausende Handgranaten. Zu Roses Ehrenrettung muß man hinzufügen, daß seine Papiere nicht selten kritische Formulierungen enthalten. So schreibt er, daß von den vor Monaten angeforderten 13 militärischen Fachleuten nur sieben eingetroffen seien, außerdem zwei, die wenig deutsch sprachen und keine Fachleute waren. In den Rose-Papieren ist nur an einer weiteren Stelle von russischen Militärs die Rede. Auf einer Deutschland-Karte, in die die geplanten Operationen eingezeichnet sind, steht in der oberen rechten Ecke: „Insgesamt 9 russische Generalstäbler und 1 deutscher Generalstäbler“.¹⁰⁵

Ich habe bereits oben erwähnt, daß Deutschland damals keine „Kerenski“-Regierung hatte, auf die die bolschewistische Revolution folgte. Parallel zu den immer intensiver betriebenen kommunistischen Aufstandsvorbereitungen liefen die Vorarbeiten der Reichsregierung für die Stabilisierung der Mark. Zwar stieg der Dollarkurs von 2,877 Millionen Mark Mitte August auf 4,2 Billionen Mitte November (bei diesem Stand ist die Mark stabilisiert worden), aber die Einführung von Indexlöhnen und das Rechnen in Goldmark federte die Inflation etwas ab. Die in diesem Zusammenhang notwendige Beendigung des Ruhrkampfes¹⁰⁶ wurde am 24. September verwirklicht, ohne daß ein von den Kommunisten angekündigter „Massensturm“ die Regierung hinwegfegte. Ein wirksames Mittel, gleichzeitig auftretende extremistische Unruhen zu verhindern und die Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft zu steigern, war die Verhängung des Belagerungszustandes und der Erlass eines Ermächtigungsgesetzes. Mit der Übertragung der vollziehenden Gewalt in die Hände des Reichswehrministers bzw. der sieben Wehrkreiskommandeure am 27. September brach für die KPD eine Zeit schwerer Verfolgungen an. Schon am 15. August hatte Innenminister Severing den kommunistischen Reichsausschuß der deutschen Betriebsräte und dessen Unterausschüsse für Preußen verboten und damit die Kommunisten des wichtigsten Instruments ihrer Revolutionsvorbereitungen und der Propaganda unter den ihrer

¹⁰⁴ W. Antonow-Owsejenko, *Der Aufbau der Roten Armee in der Revolution*, Hamburg 1923, S. 13.

¹⁰⁵ SAPMO-BA (Anm. 84), Bl. 144 f.; Mündliche Berichte Brandler und Wollenberg; Die Kommunistische Partei in der Rechtsprechung des Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik und des Reichsgerichtes, herausgegeben vom Polizeipräsidium Stuttgart (W. Landeskriminalpolizeiamt), Stuttgart 1925, S. 334 ff.

¹⁰⁶ Nach dem Einmarsch französischer und belgischer Truppen in das Ruhrgebiet im Januar 1923 hatte die Reichsregierung den „passiven Widerstand“ proklamiert. Die Beschäftigten der Bergwerke, Fabriken und Bahnen sollten ihre Arbeit einstellen, sobald diese Truppen ihre Betriebe besetzten. Sie mußten durch Geld- und Lebensmittel unterstützt werden, was die finanzielle Leistungsfähigkeit des Reiches überbeanspruchte und die Inflation anheizte. Die Stabilisierung der Mark setzte eine Beendigung des passiven Widerstandes voraus.

Partei organisatorisch nicht angeschlossenen Arbeitern beraubt. Die kommunistische Presse wurde wegen fortgesetzter Verleumdung von Ministern der Reichsregierung, offener Bürgerkriegsvorbereitungen und der Aufreizung zum politischen Streik und zum Sturz der verfassungsmäßigen Ordnung mehrfach verboten. Die „Rote Fahne“ konnte in der Zeit vom 4. September bis zum 21. Oktober nur 16mal erscheinen.¹⁰⁷

Beim letzten Zusammentreffen in Moskau schüttelte Stalin Brandler die Hände und brachte einen Toast auf den „künftigen siegreichen Führer der deutschen Revolution“ aus. Trotzki verabschiedete sich „in für ihn ungewöhnlich rühriger Weise“ von Brandler.¹⁰⁸ Die Zentrale der KPD erhielt noch während der Abwesenheit Brandlers von Sinowjew ein Telegramm, das sie anwies, in die Regierungen von Sachsen und Thüringen einzutreten, von dort aus sofort 50.000 bis 60.000 Arbeiter zu bewaffnen und den zuständigen Wehrkreiskommandeur, Generalleutnant Müller, zu „ignorieren“. Als sich das höchste Parteigremium weigerte, dieser Weisung Folge zu leisten, wurde ein Komintern-Emissär nach Berlin geschickt, der mit Hinweis auf die Kominterndisziplin auf die Durchführung drängte.¹⁰⁹ Die Sozialdemokraten wurden nicht hellhörig, als die Kommunisten in den Verhandlungen über den Regierungseintritt das Innenministerium wollten, allerdings vergebens. Die KPD begnügte sich schließlich mit dem Posten des Leiters der Staatskanzlei (dafür war Brandler vorgesehen, der direkt von Moskau kommend in Dresden eintraf) sowie den Ministerien für Finanzen und für Wirtschaft.¹¹⁰

Am 14. Oktober schrieb Brandler an Sinowjew, die Zentrale habe am 12. Oktober die Beschlüsse „von drüben“ angenommen und den Termin – 9. November – zum Beschluß erhoben. Zu diesem Tage werde der Reichsbetriebsrätekongreß einberufen. „Katastrophal schlecht“ stehe es jedoch mit der Bewaffnung, nur in Sachsen und Thüringen sei in den letzten Tagen ein kleine Besserung eingetreten. Die mit P. (offenbar dem EKKI-Sekretär Pjatnitski) offenbar für Waffenkäufe vereinbarten 50.000 Goldrubel, die für drei Monate reichen sollten, würden kaum für einen Monat ausreichen. Ebenfalls als katastrophal bezeichnete Brandler das Ausbleiben der von russischer Seite zugesagten Getreidelieferungen. „Wenn wir nicht Ende der Woche nach Sachsen Getreide in die wichtigsten Städte einführen können, weil das an der Sabotage dieser verknöcherten Bürokraten (offenbar der zuständigen russischen Behörden; O.W.) scheitert, kommen wir in die schwierigsten Verhältnisse.“¹¹¹

Der geplante Aufstandstermin mußte vorverlegt werden, da der kommunistische Finanzminister Böttcher am 13. Oktober auf einer Massenkundgebung in Leipzig erklärte, daß nur noch eine Alternative zwischen einer „weißen“ und einer roten Diktatur bestehe und die Arbeiterschaft bewaffnet werden müsse. Als daraufhin der sächsische Ministerpräsi-

¹⁰⁷ Wenzel (Anm. 1), S. 211, 213 f.; Bericht 9. Parteitag (Anm. 47), S. 64.

¹⁰⁸ Weber (Anm. 75), S. 7; Watlin (Anm. 85), S. 84.

¹⁰⁹ Brandler sagte im Januar 1924 in Moskau, daß er und Radek gegen den Text des Sinowjew-Telegramms gewesen seien. Vgl. Die Lehren der deutschen Ereignisse. Das Präsidium des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale zur deutschen Frage, Hamburg 1924, S. 24 f., 42; Brandler 31.8.52.

¹¹⁰ Die Politik der sächsischen Sozialdemokratie (Anm. 29), S. 25; V. Weltkongreß (Anm. 74), S. 229.

¹¹¹ SAPMO-BA RY 5/I 6/3/117, Bl. 52 f. Die Sammlung der Protokolle des Polbüros im Historischen Archiv der KPD (RY 1/I 2/3/12456) und der Zentrale (RY 1/I 2/2/15) ist für diese Wochen sehr lückenhaft. Das Protokoll der Zentrale-Sitzung am 12.10. ist jedoch vorhanden (Bl. 259 ff.).

dent Zeigner der Aufforderung General Müllers, sich von dieser Rede zu distanzieren, nicht nachkam, beantragte dieser beim Inhaber der vollziehenden Gewalt in Berlin den Einmarsch von Reichswehrtruppen in Sachsen, die „Reichsexekution“. Die kommunistische Führung sah sich daraufhin in einer Zentrale-Sitzung am 20. Oktober veranlaßt, den Generalstreik als Startsignal für den Aufstand nicht auf einem für den 9. November einberufenen Reichsbetriebsrätekongreß auszurufen, sondern auf der zum 21. Oktober von den Ministern für Wirtschaft, Finanzen und Arbeit (zwei Kommunisten und ein Sozialdemokrat) einberufenen Chemnitzer Konferenz. Auf dieser sollten die Getreidelieferungen aus Rußland popularisiert werden. An ihr nahmen unter anderen 140 Betriebsräte, 79 Vertreter von Kontrollausschüssen und 122 Gewerkschaftsvertreter teil.¹¹²

In der Sitzung der Zentrale wurde die „Parole zum Losschlagen“ in ganz Mitteldeutschland, Mecklenburg und Kiel gegeben, weil man fest damit rechnete, daß auf der Konferenz der Generalstreik ausgerufen werden würde. Da der Militärische Leiter, Rose, über diese Sitzung nicht informiert war, nahm als „Militärverantwortlicher“ der Militärische Oberleiter für Mitteldeutschland, „Heller“, teil, der die Notwendigkeit des Aufstandes damit begründete, daß „Müller gegen Sachsen marschiert“.¹¹³ Als jedoch Brandler auf der Chemnitzer Konferenz den Antrag stellte, sofort den Generalstreik gegen den Reichwehreinmarsch auszurufen, sprach der SPD-Minister Graupe gegen diesen Antrag, drohte damit, mit seinen sozialdemokratischen Genossen diese Versammlung zu verlassen, und schlug die Bildung einer paritätisch besetzten Kommission vor - wodurch der Generalstreik in weite Ferne rückte. Graupe wurde daraufhin nicht „durch einen Entrüstungssturm hinweggefegt“, aber eine größere Anzahl von Delegierten war für die sofortige Ausrufung des Generalstreiks.¹¹⁴ Als die Zentrale-Mitglieder danach mit den militärischen Führern - auch diesmal ohne Rose - zu einer Besprechung zusammentrafen, hielten alle - einschließlich der Militärischen Oberleiter und der anwesenden russischen Offiziere - angesichts dieser unerwarteten Schwierigkeiten einstimmig (auch Ruth Fischer stimmte zu) die Zeit für den Aufstand wegen der mangelhaften Vorbereitungen noch nicht für reif. Das Zentrale-Mitglied Jakob Walcher schrieb fünf Jahre später, daß es „nicht einen“ gegeben habe, „der in der... Beratung der Zentrale zu sagen wagte, man könne

¹¹² „Inprekorr“ 22.10.23; V. Weltkongreß (Anm. 74), S. 232.

¹¹³ Bericht des Militärischen Leiters an den Vorsitzenden des Revolutionären Kriegsrats vom 24.10. in SAPMO-BA (Anm. 84), Bl. 149. Bei Heller handelte es sich um den oben mehrmals erwähnten Weltkriegs-Major Dr. Hans von Hentig, der nicht der KPD angehörte und deshalb nur Militärischer, nicht Militärpolitischer Oberleiter werden konnte. Ich habe während der Arbeit an meiner Dissertation Herrn Professor von Hentig gebeten, mit ihm über die damaligen Ereignisse ein Gespräch führen zu dürfen, erhielt von ihm jedoch am 23.9.52 die schriftliche Mitteilung, daß „die Zeit noch nicht gekommen ist, die 'Archive' zu öffnen“. Daran konnte auch eine Befürwortung meines Doktor-Vaters, Professor Hans Herzfeld, nichts ändern. Es wäre aufschlußreich gewesen, zu erfahren, wie sich von Hentig angesichts der relativen Schwäche der Kommunisten einen Aufstand vorstellte. Wie Dupeux schreibt, flüchtete von Hentig im Januar 1924 nach Rußland, um einem gegen ihn im Reich erlassenen Haftbefehl zu entgehen. Die Prozeßakten seien leider verlorengegangen. Erst im Januar 1927 konnte er auf Grund einer Amnestie nach Deutschland zurückkehren. Er enthielt sich fortan jeder politischen Tätigkeit und machte eine akademische Karriere. Als Ordinarius für Kriminalwissenschaft in Bonn emigrierte er 1936 in die USA und lehrte an einer Reihe von amerikanischen Universitäten, bis ihn die Universität Bonn 1951 auf seinen Lehrstuhl zurückrief. Bis zu seinem Tod (1970) hat er es stets abgelehnt, über seine politische Vergangenheit zu sprechen; vgl. Dupeux (Anm. 34), S. 203, 156.

¹¹⁴ SAPMO-BA RY 1/3/8-10/10, Bl. 19 f. Eine gute Darstellung des Verlaufs dieser Konferenz gab das damalige Zentrale-Mitglied Jakob Walcher am 9.12.29 in der Zeitschrift „Gegen den Strom“, in: Stock (Anm. 18), S. 214 f.

habe, „der in der... Beratung der Zentrale zu sagen wagte, man könne jetzt noch das Signal geben.“¹¹⁵

Wollenberg sagte mir am 3. November 1953, der einzige, der der Verschiebung des Aufstandes nicht zustimmte, sei Hans von Hentig gewesen, der meinte, einen Aufstand könne man nicht konservieren, und daher ein sofortiges Losschlagen befürwortete. Sein kommunistischer Kommissar habe ihn daraufhin freundschaftlichst einen prächtigen Fachmann genannt, der aber von revolutionären Dingen nichts verstehe. Der Militärische Leiter, Rose, ging auf diesen Vorgang nicht ein, beantragte jedoch in dem Bericht vom 26. Oktober, „Heller“ als Militärischen Leiter des Oberbezirks Mitteldeutschland zurückzuziehen. Er sei Offizier und Adeliger, der noch vor eineinhalb Jahren Mitglied des Bundes Oberland gewesen und „nicht Mitglied unserer Partei“ sei. Er fügte noch das vernichtende Urteil hinzu, „Heller“ besitze „nicht das Vertrauen der Massen, das im Anfangsstadium des Bürgerkrieges ausschlaggebend ist, hat kein Verständnis für illegale Arbeit, ist kein Truppenführer gewesen, sondern MG-Kompanieführer“.¹¹⁶ Am 28. Oktober schrieb er, „daß zwischen dem Genossen Brandler und mir volles Einvernehmen herrscht“.¹¹⁷ Damit brachte er zum Ausdruck, daß er die von Brandler am 21. Oktober veranlaßte Verschiebung des Aufstandes billigte. Auch der für Militärfragen zuständige EKKI-Delegierte, Pjatakow, warnte nach einer Beratung mit dem Militärischen Leiter, Rose, vor einer Aufnahme des Kampfes.¹¹⁸ Ein großes Lob spendete dem Polbüro-Vorsitzenden des Jahres 1923 Clara Zetkin, die im Januar 1924 in einem Brief erklärte, „Heinrich Brandler sei der einzige Mutige und Verantwortliche gewesen, weil er die Partei vor einem schweren Aderlaß bewahrt habe, indem er rechtzeitig den hoffnungslosen Kampf absagte“.¹¹⁹

In der kontroversen Diskussion über die Ursache des Hamburger Aufstandes vertrat ich in meiner Dissertation die Version von Wollenberg,¹²⁰ wonach Remmele nach Kiel geschickt wurde, um „mit dem Degen vorzufühlen“ (Lenin 1920 beim Vorstoß auf Warschau), ob ein lokaler Aufstand eine spontane Erhebung der Arbeiterschaft auslösen würde. Er nahm einen Umweg über Hamburg, den Sitz der Militärpolitischen Oberleitung, wo ihn der russische Berater, Stern, davon überzeugte, daß die Kräfte in Kiel zu schwach seien, woraufhin im Einvernehmen mit der politischen Bezirksleitung, Thälmann, beschlossen wurde, den Kampf in den Morgenstunden des 23. Oktober in Hamburg zu beginnen. Aus den Akten des Historischen Archivs der KPD ergibt sich auch kein eindeutiges Bild, aber einige Fakten, die das bis jetzt Bekannte ergänzen. Pieck berichtete in einem Brief, den er am 6. November Clara Zetkin nach Moskau schickte, daß Remmele am Vorabend der Chemnitzer Konferenz nach Kiel geschickt worden sei. Bei seinem Zwischenaufenthalt in Hamburg habe er in einer Besprechung mit der militärischen und politischen Oberleitung den Genossen gesagt, sie müßten vor dem Losschlagen „die Arbeitermassen in den Generalstreik bringen.“ In Kiel habe ihn dann die telegrafische Nachricht erreicht, daß der Generalstreik vertagt worden sei. Die Hamburger hätten jedoch am 23. Oktober den Aufstand begonnen, obwohl sie „unterrichtet waren, daß die Chemnitzer Konferenz den Generalstreik nicht beschlossen hatte“.¹²¹ Rose, der während des Aufstands in Hamburg eintraf,

¹¹⁵ Ebd., S. 215.

¹¹⁶ SAPMO-BA (Anm. 84), Bl. 141 f.

¹¹⁷ Ebd., Bl. 98.

¹¹⁸ V. Weltkongreß (Anm. 74), S. 233; Brandler 31.8.52.

¹¹⁹ Watlin (Anm. 85), S. 89.

¹²⁰ Wenzel (Anm. 1), S. 226 f.; Wollenberg 3.11.53; Wollenberg (Anm. 27), S. 10 ff.

¹²¹ SAPMO-BA RY 5/I 6/3/120, Bl. 70.

schrieb, an den Kämpfen sollen sich nur 150 Kommunisten beteiligt haben, bewaffnet mit 35 Gewehren und einigen Revolvern. Es sei schon am ersten Tag ersichtlich gewesen, daß es „keine Massenaktion, sondern ein Putsch war“. Er zog daraus die Schlußfolgerung, „daß unsere Funktionäre und besonders die Opposition mit ihrer Behauptung, daß die Massen nicht mehr zu halten sind, die Situation falsch einschätzen“.¹²²

Die Niederlage der Kommunisten

In den Monaten November und Dezember 1923 wurde in verschiedenen Schreiben an das EKKI, zum Teil auch an die Zentrale, heftige Kritik an der gesamten Aufstandskonzeption geübt. Remmele, Eberlein und zehn weitere Zentrale-Mitglieder erklärten am 8. Dezember in einem Schreiben an das EKKI dieses dafür für verantwortlich, daß nach dem „Kriegsplan“ und dem gesetzten Termin (9. November) die Partei mit ihrem gesamten Apparat und allen zur Verfügung stehenden Kräften nur noch „militärisch“ gerechnet habe. Die Teilnahme an der sächsischen Regierung sei nicht die Folge einer Massenbewegung gewesen, sondern sollte zum Ausgangspunkt einer Massenbewegung werden, was unter den Bedingungen des Belagerungszustandes nicht möglich gewesen sei.¹²³ Ein Schreiben ohne Unterschrift vom 1. Dezember bezeichnet es als verhängnisvollen Fehler, daß Hundertschaften zu Regimentern und Divisionen zusammengefaßt wurden. Größere militärische Verbände setzten Führer und eine Ausbildung voraus, die nicht vorhanden seien, und erstickten die eigene Initiative der unteren Führer und der Massen. Die „heutigen militärischen Leitungen“ seien sämtlich nicht in der Lage, den Bezirken praktische Anweisungen für die Vorbereitung des bewaffneten Aufstands zu geben. „Statt dessen beschäftigen sie sich mit allen möglichen militärischen Spielereien und mit Dingen, die erst in der zweiten oder dritten Phase des Kampfes in Frage kommen.“¹²⁴

In einem Brief, den Radek in Abstimmung mit Pjatakow am 29. Oktober dem Politbüro der KPR (zu Händen von Sinowjew) und dem EKKI (zu Händen von Pjatnitzki) schickte, kritisierte er, daß die Zentrale der KPD der Moskauer Führung kein realistisches Bild von der Vorbereitung auf den Aufstand gegeben habe. Am 27. Oktober seien die beiden EKKI-Emissäre mit fünf Vertretern der Berliner Organisation zusammengetroffen, die den Ausschluß Brandlers aus der Zentrale gefordert hätten. Er und Pjatakow hätten erklärt, daß die politische und organisatorische Lage der Partei den Rückzug notwendig gemacht hätten, wofür beide die Verantwortung übernehmen. Ein Losschlagen hätte zu einer Katastrophe geführt. Am 28. Oktober seien sie mit sieben Vertretern der Zentrale zusammengetroffen. Radek habe den Entwurf einer Resolution für die Zentralaussschuß-Sitzung am 3. November vorgeschlagen, der von ihm, Thalheimer und Ruth Fischer formuliert worden sei. Er und Pjatakow würden jetzt die Führung in die Hand nehmen. Es müßten Streiks und Demonstrationen durchgeführt werden, damit festgestellt werden könne, wie die Stimmung unter den Arbeitern sei.¹²⁵

In der Zentralaussschuß-Sitzung vertrat Brandler die These vom „Sieg des Faschismus in Deutschland“, der „offenen Proklamierung der Diktatur der Bourgeoisie“. Sie sei gekennzeichnet durch die Verhängung des Belagerungszustandes, das Ermächtigungsgesetz und die Reichsexekution gegen Sachsen. Er übernahm die Verantwortung für die am 21. Ok-

122 SAPMO-BA (Anm. 84), Bl. 133 f.

123 SAPMO-BA RY 5/1 6/3/125, Bl. 50, 71, 58.

124 Ebd., Bl. 38, 48.

125 Komintern Dokumenty (Anm. 96), Nr. 115, S. 428 ff.

tober beschlossene Aufschiebung des Aufstandes und sagte, im Falle eines Aufstandesbeschlusses hätten „wir nicht nur das Bürgertum, sondern auch große Teile des Proletariats gegen uns gehabt“.¹²⁶ In der Diskussion erhoben mehrere Angehörige der Opposition heftige Vorwürfe gegen Brandler. Der Berliner Funktionär Schlecht sagte: „Wenn konzentriert losgeschlagen worden wäre, dann wäre es für uns ein Leichtes gewesen, in ganz Deutschland den Sieg davonzutragen.“ Thälmann warf Brandler vor, in Moskau von „großen bereits vorhandenen Divisionen gesprochen“ zu haben. Er, Urbahns und Remmele teilten Einzelheiten über die Hamburger „Aktion“ oder „Bewegung“ mit, die merkwürdigerweise im Wortprotokoll nicht wiedergegeben wurden.¹²⁷ Im Schlußwort teilte Brandler mit, da die 28köpfige Zentrale in der Periode der Illegalität¹²⁸ nicht aktionsfähig sei, habe man beschlossen, das Polbüro, das Orbüro und das Revolutionskomitee aufzulösen und einen „Kopf“ (später sprach man vom „Direktorium“) aus sechs „Genossen“ zu wählen. Die Zentrale werde in Form eines Beirats weiterbestehen.¹²⁹ Die Zusammensetzung dieses „Kopfes“ machte die Linksverschiebung der Partei deutlich sichtbar: Neben Brandler, Thalheimer, Walcher und Pieck gehörten ihm Ruth Fischer und Thälmann an. Außerdem die beiden Vertreter des EKKI, Radek und Pjatakow. Diese Personalentscheidung wurde vom Zentralausschuß mit 33:13 Stimmen gebilligt, die bisherige Politik der Zentrale, die Regierungsbeteiligung in Sachsen und Thüringen und die „Faschismus“-Thesen mit 40:16 Stimmen.¹³⁰

In dem Beschluß hieß es: „Der bewaffnete Aufstand steht auf der Tagesordnung“. An die Stelle des Revolutionskomitees trat eine Militärkommission mit dem Militärischen Leiter, Rose, an der Spitze.¹³¹ Am 23. Dezember schrieb dieser in einem Brief an den EKKI-Sekretär Pjatzitzki, es sei dringend notwendig, die aus deutschen Genossen bestehenden Militärkader in Rußland auszubilden. Für die nächsten drei Monate seiner Tätigkeit in Deutschland erbat er ein Budget in Höhe von mindestens 24.000 \$.¹³² Der am 11. Februar 1924 an das EKKI-Sekretariat abgeschickte Bericht des russischen Militärspezialisten Alexei Strodach, der vor vier Monaten in Deutschland eingetroffen war, las sich wie ein Abgesang auf die Aufstandsvorbereitungen, die in diesen Wochen zum Erliegen kamen. Er wies darauf hin, daß wegen der Stärke der „weißen“ Organisationen eine Revolution in Deutschland ohne Hilfe der Roten Armee nicht möglich sei, was eine unmittelbare Grenze mit Deutschland erfordere. „Dafür muß Polen sowjetisch werden, die ersten Folgeschritte der Weltrevolution müssen mit Polen beginnen, und erst dann Deutschland.“¹³³ Der M-

¹²⁶ SAPMO-BA RY I/1 2/1/19, Bl. 4, 9, 8.

¹²⁷ Ebd., Bl. 25, 22 ff., 31 f.

¹²⁸ Zwar wurde die KPD – ebenso wie die NSDAP – erst am 23. 11. 1923 durch den Inhaber der vollziehenden Gewalt, den Chef der Heeresleitung, General von Seeckt, verboten, aber praktisch befand sich die Partei schon seit dem 27. 9. im Zustand der Halblegalität, da die sieben Wehrkreis-kommandeure ermächtigt waren, Zeitungen und Organisationen zu verbieten, und Veranstaltungen ohne ihre Genehmigung nicht stattfinden durften.

¹²⁹ SAPMO-BA (Anm. 123), Bl. 34. Das Organisatorische Büro (Orbüro, nicht Orgbüro) war wie das Polbüro ein Ausschuß der Zentrale. Sein Vorsitzender war Pieck.

¹³⁰ SAPMO-BA (Anm. 84), Bl. 210.

¹³¹ Kaufmann (Anm. 6), S. 88.

¹³² Komintern Dokumenty (Anm. 96), Nr. 118, S. 445 f. Wollenberg gehörte 1924 zu den ersten Lehrgangsteilnehmern an der zu diesem Zweck vom Generalstab der Roten Armee und der Militärabteilung des EKKI eingerichteten Internationalen Lenin-Schule, die 1932-34 auch von Erich Mielke besucht wurde. Vgl. Wollenberg (Anm. 6), S. 13 und Helmut Müller-Enbergs u.a. (Hrsg.), Wer war wer in der DDR? Berlin 2000, S. 580.

¹³³ Komintern Dokumenty (Anm. 96), Nr. 120, S. 446 f.

Apparat als Teil des illegalen Apparats der KPD bestand bis 1933, aber konkrete Aufstandspläne und Aufstandsvorbereitungen wie im Herbst 1923 hat es nie wieder gegeben.

Radek und Pjatakow reisten im Dezember 1923 nach Moskau zurück, wo sie sich in die innerparteilichen Fraktionskämpfe stürzten, in denen sie schon im Oktober die Partei Trotzki ergriffen hatten. Das hatte zur Folge, daß Sinowjew, der noch am 2. November verneint hatte, daß die Taktik der KPD in Sachsen ein Fehler gewesen war,¹³⁴ Anfang Dezember Brandler fallen ließ, den von der russischen Führung erzwungenen Eintritt in die sächsische Regierung eine „reale parlamentarische Kombination mit den Sozialdemokraten“ nannte und der Führung vorwarf, jeglichen ernsthaften Versuch zur Bewaffnung der Arbeiterschaft und zur Schaffung von Räten unterlassen und damit die politische Niederlage verschuldet zu haben.¹³⁵ Schon am 23. November hatte er in einem „geschlossenen Brief“ an die Zentrale kritisiert: „Der Beschluß, der in Moskau im Oktober gefaßt wurde, wird von Euch nicht zur Ausführung gebracht. Der Rätegedanke wird vor den breiten Massen nicht verteidigt. Offenbar hat von Euch niemand bedacht, daß vor dem Ruf zur Erhebung in Hamburg und anderen Städten Räte gegründet werden mußten.“¹³⁶ Diesem Brief merkt man an, daß Sinowjew keine Vorstellung von der realen Situation im damaligen Deutschland hatte.

Am 7. Dezember zerbrach die „rechte“ Mehrheit der Zentrale (21 von 28 Mitgliedern), es bildete sich eine Mittelgruppe, deren an das EKKI gerichtetes Schreiben vom 8. Dezember oben zitiert wurde. In einer Besprechung des Präsidiums des EKKI mit Vertretern der jetzt bestehenden drei Richtungen wurde an die Spitze der Partei eine Zentrale aus fünf Angehörigen der Mittelgruppe und zwei „Linken“ gestellt. Brandler wurde für immer aus der Parteiführung entfernt. Am 19. Februar hat der Zentralausschuß diese Personalveränderung formal bestätigt.¹³⁷ Ein anderer wichtiger Beschluß, der in Moskau gefaßt wurde, sah vor, daß die gewählten Sekretäre aller Parteigremien durch die nächst höhere Instanz bestätigt werden mußten.¹³⁸ Damit wurde die innerparteiliche Demokratie in der KPD praktisch abgeschafft, denn einer autoritären Parteiführung wurde auf diese Weise die Möglichkeit gegeben, alle oppositionellen Regungen zu unterdrücken. Die „Linken“, die die Enttäuschung der Mitglieder über den ausgebliebenen Aufstand durch eine maßlose Agitation zu nutzen suchten, konnten auf dem 9. Parteitag (7. bis 10. April 1924 in Frankfurt/Main) mit 92 Delegierten eine überwältigende Mehrheit erringen. Für die Mittelgruppe stimmten nur 34 Delegierte, für die „Brandler-Gruppe“ niemand.¹³⁹ Ruth Fischer und ihre Anhänger, die sich bis dahin dank der Förderung durch Sinowjew als Opposition wie eine Partei in der Partei gerieren konnten, bewiesen jetzt, was sie, einmal an der Macht, von innerparteilicher Demokratie hielten. In einem Beschluß des Frankfurter Parteitages wurde von der Notwendigkeit gesprochen, die Reste des „Brandlerismus“ auszurotten und jegliche Fraktionen und Gruppierungen zu liquidieren.¹⁴⁰ Der Prozeß, der sich in diesen Monaten in der KPD abspielte, ist als „Bolschewisierung“ bezeichnet worden. In Ruth Fischers Buch findet man diesen Begriff vergebens, wie ich in meiner Dissertation festge-

¹³⁴ Sinowjew im Vorwort zu Probleme der deutschen Revolution, in: „Inprekorr“ 5/15.1.24.

¹³⁵ „Inprekorr“ 16/4.2.24.

¹³⁶ SAPMO-BA (Anm. 84) Bl. 236, 242.

¹³⁷ Bericht 9. Parteitag (Anm. 47), S. 64/75.

¹³⁸ Die Lehren der deutschen Ereignisse (Anm. 109), S. 116.

¹³⁹ Bericht 9. Parteitag (Anm. 47), S. 341.

¹⁴⁰ Ebd., S. 372.

stellt habe.¹⁴¹ Dabei war sie es, die auf dem V. Weltkongreß am 21. Juni 1924 die Forderung stellte, „aus der deutschen Partei eine einheitliche, geschlossene bolschewistische Partei zu machen“.¹⁴² Daß Ruth Fischer ein Jahr später als Vorsitzende des Politbüros gestürzt und 1926 aus der KPD ausgeschlossen wurde, war nicht das Ergebnis eines innerparteilichen Willensprozesses, sondern eine Folge des politischen Abstiegs ihres Moskauer Gönners Sinowjew, von dem sich Stalin abgewandt hatte, um sich mit dem „rechten“ Bucharin zu verbünden, nachdem sein wichtigster Konkurrent um die Nachfolge Lenins, Trotzki, ausgeschaltet war. Daß Ruth Fischer und ihre engsten Gefolgsleute das von ihr reklamierte Attribut „antimoskowitzische Linke“ nicht verdienen, geht daraus hervor, daß sie und Maslow 1928, als in der Sowjetunion und in der Komintern wieder ein ultralinker Kurs einsetzte, um Aufnahme in die KPD nachsuchten.¹⁴³ Noch kurz vor ihrem Tode, 1961, hat Ruth Fischer gegenüber einem deutschen Besucher die Überzeugung geäußert, die Sowjetunion werde im „großen Wettstreit“ der Systeme die Oberhand gewinnen.¹⁴⁴

Ein letztes Aufbäumen von innerparteilicher Demokratie in der Komintern, das mit dem „deutschen Oktober“ eng zusammenhing, ereignete sich nach dem Beschluß des russischen Politbüros vom 27. Dezember 1923, in dem auf Betreiben Sinowjews die Haltung Radeks in der deutschen Frage und seine einseitige Unterstützung der „Rechten“ verurteilt wurde. Das Politbüro teilte dem EKKI mit, daß Radek in dieser Frage nicht mehr die Meinung des russischen ZK vertrete. Daraufhin erwiderte Radek, er sei vom Weltkongreß in das EKKI gewählt worden, nicht vom russischen ZK.¹⁴⁵

In der parteioffiziellen Literatur der KPdSU und der SED wurden die Beschlüsse des russischen Politbüros über den „deutschen Oktober“, die Tatsache, daß die Initiative von der Führung der KPR ausging, mit keinem Wort erwähnt und die Beteiligung des EKKI nur angedeutet. Das vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU herausgegebene Buch „Die Kommunistische Internationale“ (deutsche Ausgabe 1970) spricht von einem „Aufstandsplan“, der von einem „Militärrat“ ausgearbeitet wurde, der am 28. August von der Zentrale der KPD gewählt worden war. Die Niederlage der Kommunisten wird auf die „opportunistische Praxis der Brandlerschen Führung“, die Unentschlossenheit der linken Sozialdemokraten und die konterrevolutionäre Tätigkeit der rechten Führer der SPD zurückgeführt. Die „linksradikalen Kräfte in der KPD und im Exekutivkomitee der Komintern“ hätten das dazu benutzt, „ihre ablehnende Haltung zu Übergangsformen der Macht“ zu begründen.¹⁴⁶ Auch im Band 3 der vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED im Jahre 1966 herausgegebenen „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ ist von Aufstandsplänen der russischen Führung nicht die Rede. Heinrich

¹⁴¹ Wenzel (Anm. 1), S. 264. Tjaden (Anm. 4) bezeichnet das als dankenswerten Hinweis (S. 118). Friedrich Firsov, „Der Stab der Weltrevolution“. Innenansichten, in: Wladislaw Hedeler/Mario Kessler/Gert Schäfer (Hrsg.), Ausblicke auf das vergangene Jahrhundert. Die Politik der internationalen Arbeiterbewegung von 1900 bis 2000, Hamburg 1996, schreibt zu diesem Begriff: „Der von der Komintern 1924 eingeschlagene Kurs der Bolschewisierung der Kommunistischen Parteien war auf die Durchsetzung der ideologischen und organisatorischen Prinzipien des Bolschewismus gerichtet... führte dazu, daß die Erfüllung von Weisungen einen immer größeren Stellenwert im Leben der Partei erhielt“ (S. 41).

¹⁴² V. Weltkongreß (Anm. 74), S. 209.

¹⁴³ Hermann Weber, Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik, Band 2, Frankfurt/M 1969, S. 119.

¹⁴⁴ Stefan Wolle in Jahrbuch Extremismus & Demokratie (Anm. 27), S. 340 f.

¹⁴⁵ „Inprekorr“ 24.1. und 4.2.24.

¹⁴⁶ Kommunistische Internationale (Anm. 79), S. 235, 243.

Brandler und andere führende Funktionäre der KPD hätten „die Entfaltung von Massenkämpfen“ gebremst. Ein „Militärischer Rat“ soll erst Ende September geschaffen worden sein. Die „bewaffnete Erhebung in Hamburg“ wird als „Fanal für ganz Deutschland“ bezeichnet.¹⁴⁷

Im Jahre 1967 wurde am IfG die Dissertation „Zur Politik der Kommunistischen Partei Deutschlands im Jahre 1923“ verteidigt. Ihr Verfasser, Ernst Diehl, gehörte schon seit 1963 dem ZK der SED an. Er bezeichnet meine Arbeit als „unveröffentlichte... Dissertation“, obwohl ein Mikrofilm von ihr sogar in der Bibliothek des IML vorhanden war. Diehls „gesperrte“ Dissertation war dort auf einer Karteikarte lediglich mit dem Datum der Promotion, nicht mit dem Titel angegeben, im Katalog der Hochschulpublikationen an der Humboldt-Universität, in dem meine Dissertation auf einer gedruckten Karteikarte der Deutschen Bücherei Leipzig nachgewiesen war, fehlt dagegen jegliche Angabe zu Diehls Arbeit. Diehl wirft mir und Angress vor, bei uns würde „der heroische Kampf der deutschen Kommunisten, linken Sozialdemokraten und anderen fortschrittlichen Werktätigen für ein friedliches und demokratisches Deutschland, für ihre Interessen und für die Interessen des ganzen Volkes zu einer abenteuerlichen Verschwörung einer kleinen Minderheit umgelogen und damit einem militanten Antikommunismus das Wort geredet...“¹⁴⁸ Es bleibt unerfindlich, was diese Charakterisierung der KPD im Jahre 1923 mit der damals realexistierenden Partei zu tun haben sollte. Der I. Teil von Diehls Dissertation beschäftigt sich nur mit dem ersten Halbjahr des Jahres 1923. Ein zweiter Teil wurde angekündigt, ist aber nie erschienen. Offenbar waren ihm nähere Ausführungen über den „deutschen Oktober“ zu riskant. Diehl wurde noch im Jahr seiner Promotion Professor am IML, dessen stellvertretender Direktor er bereits seit 1964 war und bis 1989 blieb. Zwei Jahre später wurde er Vorsitzender des Rates für Geschichtswissenschaft der DDR.¹⁴⁹

Nach 1989/91 wurde die KPD im Jahre 1923 in der postkommunistischen Literatur ganz anders beurteilt: Alexander Watlin schreibt 1993 in seinem Band „Die Komintern 1919-1929“ über Brandler und Thalheimer, die einzigen „Rechten“, die nach der Spaltung der Mehrheit übrig geblieben waren: „Zusammen mit dem Deutschland-Experten der KPdSU, Karl Radek, wurden sie von beiden Strömungen (in den russischen Fraktionskämpfen; O.W.) zu Sündenböcken gemacht, da der eigentliche Vater der Niederlage, Grigorij Sinowjew, noch genügend Macht hatte, um seinen Anteil zu tarnen.“¹⁵⁰ Gerd Kaiser kommentiert im „Neuen Deutschland“ vom 19./20. Dezember 1998 die Beschlüsse des russischen Politbüros mit den Worten: „Entschieden wurde über die Köpfe der KPD-Funktionäre hinweg, die ihren Kopf im ‚deutschen Oktober‘ hinhalten sollten.“¹⁵¹ Und Klaus Kinner zieht 1999 aus diesen Ereignissen das Resümee: Im Selbstverständnis der deutschen Kommunisten „war das Scheitern des ‚deutschen Oktobers‘ weniger objektiven als subjektiven Faktoren geschuldet... Die Unfähigkeit, diese Erfahrungen der Nach-

¹⁴⁷ Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED (Hrsg.), Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Band 3, Kapitel VII Periode von Januar 1919 bis Ende 1923, Berlin 1966, S. 228,222.

¹⁴⁸ Ernst Diehl, Zur Politik der Kommunistischen Partei Deutschlands im Jahre 1923, I. Teil. Phil. Diss. Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Berlin 1967, S. 19.

¹⁴⁹ Müller-Enbergs (Anm. 132), S. 151.

¹⁵⁰ Watlin (Anm. 85), S. 74.

¹⁵¹ Gerd Kaiser, Das Datum für den Aufstand war schon beschlossen. Einblicke in neue Dokumente aus Moskau zum Jahr 1923, in: „Neues Deutschland“, 19./20.12.1998.

kriegskrise zu einer radikalen Kurskorrektur zu nutzen, sollte sich als schwere Hypothek auf die Zukunft des deutschen Kommunismus erweisen.“¹⁵²

Fazit

Die Niederlage des Kommunismus im Herbst 1923 in Deutschland war ein Ereignis von europäischer Tragweite. Es beendete nämlich die erste Periode der Geschichte des Sowjetstaates, in der die russischen Parteiführer daran glaubten, daß das Zentrum der Weltrevolution nach dem Sieg der Revolution in Deutschland von Moskau nach Berlin verlegt werden würde. Stalin schrieb in diesem Sinne noch in seinem Brief an die „Rote Fahne“ (veröffentlicht am 10. Oktober 1923), daß dieser Sieg für das Proletariat in Europa und Amerika von größerer Bedeutung sein werde als der Sieg der russischen Revolution vor sechs Jahren. Sein ein Jahr später verkündeter Leitsatz von der Möglichkeit des Sieges des Sozialismus in einem Lande war jedoch kein Verzicht auf den Export der Revolution durch das nunmehr festgeschriebene und unantastbare Moskauer Zentrum. Auch wenn Stalin am 21. Januar 1940 die Weltrevolution als „einheitlicher Akt“ als „Blödsinn“ bezeichnete,¹⁵³ war die Unterstützung kommunistischer, anderer „progressiver“ und nationalrevolutionärer Kräfte in aller Welt das Ziel der Moskauer Führung, soweit es den Interessen der sowjetischen Hegemonialmacht diene. Heinz Brahm betont in seinem Buch „Trotzkis Kampf um die Nachfolge Lenins“, daß die westlichen Beobachter „nicht den latenten Revolutionswillen Stalins (erkannten). Am Ende des Zweiten Weltkriegs wurde es offenbar, daß die Sowjetunion den Traum von der Eroberung der Welt noch nicht aufgegeben hatte“.¹⁵⁴

Die nach 1991 freigegebenen bzw. veröffentlichten Akten belegen, daß die Pläne für die deutsche „Oktoberrevolution“ im russischen Alleingang ausgearbeitet und die deutschen Kommunistenführer lediglich informiert wurden. Das keinen Widerspruch dulden Verhalten der russischen Kominternführer in der entscheidenden Phase sticht kraß ab von ihrem Verhalten im ersten Halbjahr 1923, das noch von gegenseitigem Respekt und Kompromißbereitschaft geprägt war. Das läßt sich nur mit den Worten von Kinner erklären, daß „die verzweifelte Hoffnung auf den Entsatz der russischen durch die deutsche Revolution [...] nüchternes Kalkül und Realitätssinn“ betäubten.¹⁵⁵ Rätsel gibt der nach der Niederlage der Kommunisten gegen Brandler erhobene Vorwurf auf, er habe den Stand der Aufstandsvorbereitungen maßlos übertrieben. Der vorliegende Text seiner Rede auf dem 2. Parteitag der Kommunistischen Partei Polens belegt das. Es läßt sich jedoch nicht mehr klären, ob und inwieweit er bewußt die Unwahrheit gesagt und wer gegebenenfalls diese Angaben in seinen Redetext geschrieben hat. Aber sicher ist, daß er nur eine von vielen Informationsquellen in Deutschland war und insbesondere Trotzki durch den Militärischen Leiter bei der Zentrale der KPD unterrichtet wurde. Seine Kritik an dessen Plänen berechtigt zu der Frage, warum er sie nicht rechtzeitig korrigieren ließ und den Militärischen Leiter durch einen fähigeren Militärexperten ersetzte. Das war sicherlich ein Zeichen von Führungsschwäche, das schon damals seine Unterlegenheit im Kampf mit seinen Rivalen um die Nachfolge Lenins erkennen ließ. Die ganzen Aufstandsvorbereitungen

¹⁵² Kinner (Anm. 85), S. 63.

¹⁵³ Georgi Dimitroff, Tagebücher 1933-1943. Herausgegeben von Bernhard H. Bayerlein, Berlin 2000, S. 289.

¹⁵⁴ Heinz Brahm, *Trotzkis Kampf um die Nachfolge Lenins. Die ideologische Auseinandersetzung 1923-1926*, Köln 1964, S. 213.

¹⁵⁵ Kinner (Anm. 85), S. 60.

vermitteln den Eindruck fehlender Professionalität, die nur zum Teil auf die fehlende Geschlossenheit der russischen Führung und die Zerstrittenheit der Führung der KPD zurückzuführen sein dürfte. Allerdings führte der Putsch des „Staatskomitees für den Ausnahmezustand in der UdSSR“ vom 19. August 1991 aller Welt vor Augen, daß kommunistische Spitzenfunktionäre selbst im 74. Jahr der Sowjetmacht vor Dilettantismus nicht geübt waren.

Im Jahre 1955 schrieb ich in der Schlußbetrachtung zu meiner Dissertation, daß die „gegenrevolutionären Kräfte“ im Jahre 1923 in Deutschland in keiner Weise die Kennzeichen aufwiesen, mit denen Pitirim Sorokin in seinem Buch „Soziologie der Revolution“ (1928) ein vorrevolutionäres Regime charakterisierte: Unfähigkeit, Unentschlossenheit und Schwerfälligkeit. Unter der Regierung Stresemann war vielmehr die eiserne Entschlossenheit führender Staatsmänner, Politiker, Gewerkschafter, Militärs und Wirtschaftsführer zu beobachten, der Schwierigkeiten Herr zu werden.¹⁵⁶

¹⁵⁶ Wenzel (Anm. 1), S. 289.